



# **Beschlüsse des Bundesvorstandes zu den Beschlüssen/Überweisungen der ordentlichen Bundeskonferenz**

## Übersicht der Anträge

Antragsnummer	Seite	Überweisung an	Antragstitel
Leitantrag L 1	1	a.o. Bundesparteitag  SPD-Bundesvorstand SPD-Bundestagsfraktion BV Selbst Aktiv SPD-Landesvorstände SPD-Landtagsfraktionen Landesvorstände von Selbst Aktiv	Selbstbestimmung, Selbstvertretung, Selbst Aktiv - Gemeinsam denken, gemeinsam handeln, gemeinsam zusammenhalten (angenommen in geänderter Fassung von der Bundeskonferenz)
L 2	5	a.o. Bundesparteitag	Wirtschafts-, Struktur- und Kommunalpolitik - Für einen inklusiven, sozial-ökologischen Pfad (angenommen von der Bundeskonferenz)
Bildung, Qualität, Ehrenamt BE 1	11	Bundesparteitag Bundestagsfraktion	Inklusiven Sport stärken (angenommen von der Bundeskonferenz)
BE 2	12	a.o. Bundesparteitag  SPD-Landtagsfraktionen  A-Länder Kultusministerkonferenz  SPD-Bundestagsfraktion SPD-Parteivorstand Bundesrat	Fort - und Weiterbildung des pädagogischen Fachpersonals aller Bildungsstufen zur Umsetzung inklusiver Bildung (angenommen von der Bundeskonferenz)
BE 3	15	Bundesparteitag  Bundestagsfraktion	Einordnung der Fachpraktiker Ausbildungsberufe und der in den Werkstätten für Menschen mit Behinderung (WfbM) angebotenen

		SPD-Parteivorstand SPD-Landesverbände	Ausbildungsbereiche in den DQR und EQR (angenommen in geänderter Fassung von der Bundeskonferenz)
BE 04	16		Einrichten eines Assistenzfonds für die ehrenamtliche Parteiarbeit in der SPD (abgelehnt von der Bundeskonferenz)
BE 05	17	Bundesparteitag Bundestagsfraktion SPD-Landtagsfraktionen A Länder Kultusministerkonferenz	Kostenübernahme für DolmetscherInnen von Sinnesbehinderten (bspw. Blinden und Gehörlosen) für alle Weiterbildungsangebote (angenommen vom Bundesvorstand)
BE 06	19	Bundesparteitag Bundestagsfraktion	Aufwandsentschädigungen und Kostenerstattungen aus ehrenamtlicher Tätigkeit (angenommen vom Bundesvorstand)
<b>Wohnen und Verkehr</b> WV 01	19	a.o. Bundesparteitag	Wohnen und Wohnungsbau (angenommen vom Bundesvorstand)
WV 02	21	Bundesparteitag SPD-Parteivorstand Bundestagsfraktion	Schwerbehindertenplätze in EC, IC und ICE müssen auch für Menschen mit Blinden- oder Assistenzhund buchbar und reservierbar sein (angenommen vom Bundesvorstand)
WV 03	22	Bundesparteitag Bundestagsfraktion SPD-Landtagsfraktionen	Alle Besitzer von Schwerbehindertenausweisen sollen die Schwerbehindertenplätze in allen Zügen der Deutschen Bahn und ihrer Mitbewerber reservieren können

			(angenommen vom Bundesvorstand)
<b>Organisation</b> O 01	23		Gemeinsames Arbeitsprogramm (Erledigt)
O 02	25		Finanzbericht (in geänderter Fassung durch den Bundesvorstand angenommen)
<b>Gesundheit, Pflege und Soziales</b> GPS 01	25	SPD-Bundestagsfraktion SPD-Landtagsfraktionen	Verbesserungen im Betreuungsgesetz BGB §1896-1908 (Annahme)
GPS 02	29	SPD-Parteivorstand	Sexualbegleitung/Sexualassistenz/ Sexualberatung (Annahme)
GPS 03	31		Prävention und Schutz für Menschen mit Behinderungen - Barrierefreie Zufluchtsstätten für Gewaltopfer (Annahme)
<b>Arbeit und Rente</b> AR 01	32	a.o. Bundesparteitag SPD-Landtagsfraktionen	Mindestlohn auch für Beschäftigte in Werkstätten für behinderte Menschen (in geänderter Fassung angenommen vom Bundesvorstand)
AR 02	34	a.o. Bundesparteitag	Formel Erwerbsminderungsrente monatliche Leistung (angenommen vom Bundesvorstand)

AR 03	35	a.o. Bundesparteitag	Erwerbsminderungsrente für Bestandsrentner (angenommen vom Bundesvorstand)
<b>Teilhabe und Mitentscheidung</b> TM 01	37	a.o. Bundesparteitag SPD-Landtagsfraktionen	Partizipation und Inklusion glaubhaft verankern (angenommen vom Bundesvorstand)
TM 02	39		TeilhabePASS (in geänderter Fassung angenommen vom Bundesvorstand)
TM 03	39	a.o. Bundesparteitag Bundestagsfraktion SPD-Parteivorstand Verena Bentele Aydan Özoguz	Flüchtlinge und Asylbewerber mit Behinderungen (angenommen vom Bundesvorstand)
TM 04	40	a.o. Bundesparteitag Bundestagsfraktion SPD-Landtagsfraktionen (nur Teil 1)	Weiterführung des Bundesteilhabegesetzes (in geänderter Fassung angenommen vom Bundesvorstand)
TM 05	43	SPD-Bundesparteitag SPD-Parteivorstand SPD-Landesverbände	Inklusion selbstverständlich auch im Wahlkampf – Mitglieder der AG Selbst Aktiv gehören auf allen Ebenen bei Wahlkämpfen in die Wahlkampfteams (in geänderter Fassung angenommen vom Bundesvorstand)

<p><b>Sonstige</b> S 01</p>	<p>44</p>		<p>Inklusion und Barrierefreiheit sind eine Querschnittsaufgabe, Antifaschismus aber auch! (Annahme in der Fassung des Bundesvorstands)</p>
<p>S 02</p>	<p>45</p>	<p>SPD-Parteivorstand SPD-Landesverbände (dort bitte auch an Geschäftsstellen weiterleiten) Selbst Aktiv Landesverbände verbunden mit der Bitte um Rückmeldung zu Erfahrungen vor Ort</p>	<p>Barrierefreiheit als Kriterium vor Kaufentscheidung (in geänderter Fassung angenommen vom Bundesvorstand)</p>
<p>S 03</p>	<p>46</p>		<p>Bundeseinheitliche Übernahme von Dolmetscherkosten für politisch engagierte Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen (Annahme in der Fassung des Bundesvorstands)</p>

# 1 **Leitantrag**

## 2 **Antrag 1**

3 AntragstellerIn: Selbst Aktiv Bundesvorstand

4 EmpfängerIn(nen):

5 SPD-Bundesvorstand

6 SPD-Bundestagsfraktion

7 BV Selbst Aktiv

8 SPD-Landesvorstände

9 SPD-Landtagsfraktionen

10 Landesvorstände von Selbst Aktiv

## 11 **Selbstbestimmung, Selbstvertretung, Selbst Aktiv - Gemeinsam**

### 12 **denken, gemeinsam handeln, gemeinsam zusammenhalten**

13 (angenommen in geänderter Fassung von der Bundeskonferenz)

14

15 Demokratie ist ständig weiterzuentwickeln - auch im Interesse der ca. 14  
16 Mio. Menschen mit einer Behinderung. Es gilt also, die Demokratisie-  
17 rungs- und Reformbewegung der 70er Jahre aufzugreifen, zu reflektieren  
18 und gesellschaftlich als defizitorientierte, seinerzeit richtige Epoche hinter  
19 sich zu lassen und Behindertenpolitik neu zu positionieren. Hierzu gehört  
20 eine Weiterentwicklung von

21 - Abhängigkeit zu Autonomie

22 - Fremdbestimmung zu Selbstbestimmung

23 - Anhörung zu Mitentscheidung.

24 Wenn aufgeklärte Gesellschaftspolitik als Menschenrechtspolitik verstan-  
25 den wird, sind die aktuellen Menschenrechtskonventionen zwingende  
26 Grundlage. Hier gilt es, die UN-Behindertenrechtskonvention mit ihren kla-  
27 ren Aussagen zur Partizipation und Inklusion konsequent umzusetzen. Seit  
28 der Erklärung von Salamanca 1994 (Die Salamanca Erklärung über Prinzi-  
29 pien, Politik und Praxis der Pädagogik für besondere Bedürfnisse) gelten ja  
30 bekanntlich Inklusion und Partizipation als ein Begriffspaar.

31 In der Erklärung von Salamanca werden allerdings noch die Begriffe In-  
32 tegration und Beteiligung verwendet („Integration und Beteiligung sind

1 sowohl für die menschliche Würde als auch für den Genuss und die Aus-  
2 übung von Menschenrechten grundlegend.“). Heute spricht man eher von  
3 Partizipation als von Beteiligung. Partizipation ist konkreter und heißt im  
4 politischen Raum unmittelbare bzw. direkte Mitentscheidung. Der zweite  
5 Aspekt der Partizipation ist die Teilhabe, also die Teilhabe in allen gesell-  
6 schaftlichen Bereichen und im gelebten Alltag. Auf diesen beiden Ebenen  
7 denken und handeln ist damit unser Auftrag.

8

9 Messen wir also die demokratischen Parteien daran, wie sie ihr politisches  
10 Handeln auf Inklusion im Allgemeinen und auf Partizipation im Besonde-  
11 ren (schrittweise) ausrichten. Direkte und verbindliche Mitentscheidung  
12 für Menschen mit Behinderungen vorzubereiten, zu organisieren und kon-  
13 sequent umzusetzen gibt die UN-Behindertenrechtskonvention vor. Das  
14 Ziel einer inklusiven, partizipativen Gesellschaft entspricht zutiefst huma-  
15 nitären und humanistischen Grundwerten, wie sie, fernab von persönli-  
16 chen Eigeninteressen, in der Sozialdemokratie stark verankert sind. Auch  
17 die aktuellen Themen der Sozialdemokratie wie Zukunft und Zusammen-  
18 halt oder Zukunft, Gerechtigkeit und Zusammenhalt sind klare Handlungs-  
19 vor-gaben und Perspektiven für eine inklusive und partizipative Gesell-  
20 schaft.

21 Wir wollen das Subjekt-Objekt-Denken der 70er Jahre im Sinne eines „Wir  
22 machen für euch...“ hinter uns lassen. Wir werden dem rückwärtsgewand-  
23 ten Fürsorgedenken Selbstbestimmung, Partizipation und Empowerment  
24 entgegensetzen.

25 Bei dem Prozess der Verständigung spielt „Selbst Aktiv“ als Bindeglied zwi-  
26 schen den aktiven Behindertenverbänden, den Selbsthilfegruppen und der  
27 Partei eine wichtige Rolle. Anfang der 90er Jahre, als in der Bund-Länder-  
28 Verfassungskommission die Verfassungsergänzung zugunsten behinder-  
29 ter Menschen bereits gescheitert war, haben aktive, behinderte Menschen  
30 durch eine bundesweite Kampagne für einen gesellschaftlichen und politi-  
31 schen Meinungsumschwung gesorgt: Die Verfassungsergänzung ist ge-  
32 kommen. Hierfür wurden wir von der Internationalen Liga für Menschen-  
33 rechte geehrt. Das zeigt, dass wir einen langen Atem haben und uns er-  
34 folgreich für unsere Sache einsetzen können.

35 Was kann Teilhabe aktuell bewirken? Die bisherigen Beiräte behinderter  
36 Menschen müssen auf allen politischen Ebenen zu echten Fachgremien



1 mit Entscheidungskompetenz ausgebaut werden. Das heißt, eine rele-  
2 vante Zahl behinderter Menschen muss von den Parteien unmittelbar in  
3 die parlamentarische Arbeit einbezogen werden. Eine asymmetrische Re-  
4 präsentation gesellschaftlich relevanter Gruppen darf es nicht geben. Wer  
5 also für Gruppe A und B eine Quote will, muss sie auch für Gruppe C vorse-  
6 hen, also auch für uns Menschen mit Behinderungen. Ansonsten wird Dis-  
7 kriminierung praktiziert, das heißt, dass unangemessen Unterschiede bei  
8 der Vertretung gesellschaftlicher Gruppen gemacht werden.

9 Es gilt also, neben einer inhaltlich guten Gesellschaftspolitik, für angemessene  
10 Kompetenzübertragung zu sorgen. Hierzu gehört unabdingbar,  
11 dass passives Wahlrecht zugunsten von Menschen mit Behinderung, die  
12 bisher von der Wahl ausgeschlossen sind, analog der Regelung in NRW, zu  
13 ändern.

14 Die Bereiche Autonomie und Selbstbestimmung von Menschen mit Behin-  
15 derungen haben sich in den vergangenen Jahren positiv entwickelt. In vie-  
16 len Bereichen, wie Wohnen oder Freizeitgestaltung, entscheiden wir deut-  
17 lich mehr, wie und mit wem wir etwas gestalten wollen. In den Bereichen  
18 des öffentlichen Personennahverkehrs, des Wohnens und der Erwachse-  
19 nenbildung sind Formen selbstbestimmten Agierens und eigenverant-  
20 wortlichen Lebens alltäglich geworden. Ein breites Netz von Selbsthilfeor-  
21 ganisationen und Selbsthilfegruppen hat bundesweit dafür gesorgt, dass  
22 behinderte Menschen vor Ort in den Zusammenhängen, in denen sie le-  
23 ben, direkten Einfluss auf die Gestaltung ihres Lebensumfeldes haben.

24 Mit sozialdemokratischer Politik ist neben der Befassung mit Gerechtigkeit  
25 und einem sicheren sozialen Fundament die „Bildung für alle“ getreten.  
26 Sie erstreckt sich über eine durchgängige Bildungskette von der Kita bis zur  
27 Erwachsenen- und zur Weiterbildung. Wer Vorurteile zwischen behinder-  
28 ten und nichtbehinderten Menschen erst gar nicht entstehen lassen will,  
29 muss dafür sorgen, dass der Grundsatz der Inklusion von der Kita bis in die  
30 Erwachsenenbildung über entsprechend geplante und organisierte Ange-  
31 bote verbindlich vorgeschrieben wird. Ansonsten ist ein wesentlicher  
32 Grundpfeiler einer demokratischen Gesellschaft gefährdet.

33 Es muss zudem gewährleistet sein, dass im Bereich der beruflichen Bil-  
34 dung, wie auch in der Studien- und Weiterbildung inklusive Angebote  
35 selbstverständlich sind, behinderte Menschen gefördert werden und

1 selbstverständlich nach dem Bachelor auch der Master und weitere Fach-  
2 qualifikationen finanziert und sozial flankiert gefördert werden. Hierzu ge-  
3 hören auch die im Rahmen eines Studiums selbstverständlichen Auslands-  
4 aufenthalte. Bildung muss im hohen Maße politisch bewusstseinsbildend  
5 wirken. Aufstieg durch Bildung war immerhin über Jahrzehnte ein sozial-  
6 demokratisches Credo.

7 Qualitativ hochwertige und behinderungsbedingt erforderliche spezielle  
8 Förderung muss integriertes Element der Bildungsprozesse sein und sich  
9 ohne Probleme in die jeweilige Bildungskette einfügen. Die jeweiligen  
10 Schnittstellen zwischen Kita, Schule, Beruf, Studium sowie Qualifizierung  
11 und Weiterbildung dürfen nicht an Bundes- und Länderzuständigkeiten  
12 scheitern.

13 Zukunft, soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt stärken sind die Bot-  
14 schaften sozialdemokratischer Politik. Für behinderte Menschen beinhaltet  
15 das: Wir leiten Politik aus den Begriffen Inklusion und Partizipation als  
16 ein Begriffspaar ab. Hierzu kommen zentrale Merkmale, wie Barrierefrei-  
17 heit/angemessene Vorkehrungen, sowie Empowerment (Selbstbestim-  
18 mung, Selbstbemächtigung und Stärkung behinderter Menschen). Wer  
19 diese vier Grundkoordinaten beachtet und dies im engen Dialog mit Men-  
20 schen mit Behinderungen vorbereitet, abstimmt und umsetzt, kann sicher  
21 sein, Demokratie weiterzuentwickeln und sich in einem dynamischen Pro-  
22 zess einer fortschrittlichen Gesellschaft in kooperativer Partnerschaft mit  
23 Menschen mit Behinderungen zu befinden. Wir von „Selbst Aktiv“ wollen  
24 diesen Prozess mitgestalten.

25 Die AG Selbst Aktiv der SPD steht für eine vollständige und umfassende In-  
26 klusion in der Gesellschaft, insbesondere für Menschen mit Behinderun-  
27 gen.

28 Dabei ist die wirksame Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention  
29 unumgänglich und förderlich für ein harmonisches Miteinander. Ein be-  
30 sonderes Anliegen von Selbst Aktiv ist die Umsetzung der Inklusion in-  
31 nerhalb der SPD. Selbst Aktiv honoriert die Veränderung und Verbesserung  
32 des neuen Bundesgleichstellungsgesetzes und des Bundesteilhabegeset-  
33 zes. Das ist uns aber nicht genug.

- 1 - Bei der Novellierung des Bundesgleichstellungsgesetzes wurden nur die  
2 öffentlich-rechtlichen Institutionen in den Fokus genommen. Die privaten  
3 Einrichtungen müssen genauso in die Pflicht genommen werden.
- 4 - Das Bundesteilhabegesetz muss seine Wirkung auf alle Lebensbereiche  
5 ausweiten
- 6 - Auch die Bereiche Barrierefreiheit, Mobilität und Wohnen stellen die SPD  
7 weiterhin vor große Herausforderungen.
- 8 - Es kann auch nicht angehen, dass sich bei der Beschäftigungssituation  
9 behinderter Menschen seit Jahrzehnten nichts geändert hat. Die konjunk-  
10 turellen, demografischen und arbeitsmarktlichen Entwicklungen kommen  
11 bei Menschen mit Behinderung nicht an.
- 12 - Die sozialdemokratische Politik muss hier endlich wirksame Instrumente  
13 entwickeln und umsetzen.
- 14 Wir fordern die Bundes-SPD und insbesondere deren Spitzenkandidaten  
15 sowohl im Wahlkampf als auch in ihrem Regierungsprogramm auf, Men-  
16 schen mit Behinderungen und ihre berechtigten Forderungen einzubrin-  
17 gen und als Experten in eigener Sache mitzunehmen.

18

## 19 **Antrag 2**

20 AntragstellerIn: AG Selbst Aktiv Bezirk Hannover

### 21 **Wirtschafts-, Struktur- und Kommunalpolitik - Für einen inklusiven,** 22 **sozial-ökologischen Pfad**

23 (angenommen von der Bundeskonferenz)

24 Wir brauchen einen nachhaltigeren und solidarischeren, ökonomischen  
25 und sozialen Pfad, der auf Inklusion aufbaut und hierdurch die gesell-  
26 schaftlich notwendigen Bedarfe, öffentliche Güter und gute Arbeit stärker  
27 in den Mittelpunkt rückt.

1 Wir brauchen eine Politik der Investitionen in Bildung, Infrastruktur und  
2 die Energiewende. Eine staatliche Sparpolitik der „schwarzen Null“ und  
3 eine Spaltung der Gesellschaft durch sichere und unsichere Arbeit lehnen  
4 wir ab. Wir brauchen eine stärkere Binnenwirtschaft, u.a. durch den be-  
5 darfungsgerechten Ausbau des Wohlfahrtsstaates, das heißt u.a. der Bildung,  
6 der Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen in hoher Qualität.

7 Dieser Ausbau muss gerechter als bisher durch hierauf ausgerichtete Steu-  
8 ern, aber auch durch Kredite finanziert werden.

9

10 Das konservative Wohlfahrtsstaatsmodell der Bundesrepublik setzt noch  
11 immer auf die alte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Es delegiert  
12 familiäre Sorgearbeit an Frauen und erkennt professionelle Erziehungs-  
13 und Pflegeleistung nicht ausreichend an. Dieser Weg bremst eine inklusive  
14 Politik. Deshalb streben wir eine langfristige Entwicklung zu einem sozial-  
15 demokratischen Wohlfahrtsregime nach skandinavischem Vorbild an. Wir  
16 sind auch dafür, dass ein umfassendes, wohlfahrtsstaatliches Dienstleis-  
17 tungsangebot für alle Gesellschaftsmitglieder bereitgestellt wird, vor al-  
18 lem für diejenigen, die auf besondere Hilfeleistungen angewiesen sind.

19 Inklusion kann ein Treiber eines sozialen Wachstums sein. Wir sind uns si-  
20 cher: Ein solcher sozialökologischer Pfadwechsel kann sich auf eine gesell-  
21 schaftliche Mehrheit stützen.

22 In den letzten Jahrzehnten sind die Wünsche nach mehr demokratischer  
23 Teilhabe, Selbstbestimmung und Mitentscheidung gewachsen. Menschen  
24 mit Behinderungen sind ein Teil dieses, so von uns gewollten, umfassen-  
25 den, gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses. Inklusion muss gesamt-  
26 gesellschaftlich umgesetzt werden, wird aber noch nicht als verpflichten-  
27 der Bestandteil eines politischen, wirtschaftlichen, kommunalpolitischen  
28 und sozialen Entscheidungsprozesses betrachtet.

29 Dies muss sich ändern, hierfür treten wir ein. Ein inklusiver Pfadwechsel  
30 nimmt den auf die von uns gesetzten Ziele, ausgerichteten Ausbau der So-  
31 zial- und Bildungsdienstleistungen und die Erneuerung der Infrastruktur

1 für alle Menschen, systematisch in den Blick, aber auch und nicht zuletzt  
2 für Menschen mit Behinderungen. Sie gestalten in, für und bei mit ihnen  
3 entwickelten, eigenen und inklusiven Organisationen die Qualität der  
4 Dienstleistungen in diesem Pfadwechsel mit. Die Gestaltung der Human-  
5 dienstleistungen im Interesse ihrer Nutzerinnen und Nutzer muss mit gu-  
6 ter Arbeit für die Beschäftigten einhergehen. Prekäre Care-Arbeit ist  
7 ebenso abzulehnen wie Care-Konzepte, in denen die Sicht der Fürsorge  
8 maßgeblich ist.

9 Vor diesem Hintergrund fordern wir:

10

11 • Förderung von Sozialen Unternehmen

12 Der Mensch mit Behinderungen wird nicht, wenn er einen aufgrund seiner  
13 Behinderungen einen festgestellten Förderbedarf hat, als ein Kostenfaktor  
14 betrachtet. Der vom Förderbedarf ausgehende Einsatz von Assistenz-,  
15 Pflege- und Hilfeleistungen wird als eine volkswirtschaftlich, hilfreiche  
16 Maßnahme zur Förderung der Binnenwirtschaft betrachtet.

17 Deshalb werden die sich in diesem Sektor notwendigerweise entwickeln-  
18 den Betriebe und Beschäftigungsträger vom Bund, den Ländern und den  
19 Kommunen ideell und materiell gefördert. Selbst wenn Arbeit, Beschäfti-  
20 gung und Qualifikation für Behinderte, Benachteiligte und andere Ziel-  
21 gruppen der Arbeitsmarktpolitik im Vordergrund steht, stellen diese Be-  
22 triebe und Beschäftigungsträger als Soziale Unternehmen einen Gewinn  
23 für die Gesamtgesellschaft dar.

24 • Förderung der von der Selbsthilfebewegung selbst initiierten Sozialen  
25 Unternehmen

26

27 Die von Behinderungen betroffenen Menschen wissen am besten, was  
28 ihnen für ein gutes Leben wichtig ist, wohin die Entwicklung gehen soll  
29 und was sie für förderfähig erachten. Deshalb sollten die von der Selbsthil-  
30 febewegung ausgehenden Geschäftsideen einer besonderen Förderung

1 zugeführt werden. Zur Vermeidung von prekären Beschäftigungsverhält-  
2 nissen muss die Förderung an gute Arbeit und Tarifbindung gekoppelt  
3 werden.

4

5 • Paradigmenwechsel in der Steuerung des pflegerischen Dienstleistungs-  
6 angebots

7 Qualitätsorientiert gemäß dem gesellschaftlichen Bedarf, statt Ausrich-  
8 tung an der Geringhaltung öffentlicher Ausgaben Kranken- und pflegeri-  
9 sche Tätigkeiten wurden in der deutschen Geschichte nicht nur als Aufga-  
10 ben der Frauen betrachtet, sondern gingen auch damit einher, dass die Fa-  
11 milie das Rückgrat der Versorgung bildete. Gemeinsames Merkmal dieser  
12 Situation war, dass diese Tätigkeiten möglichst ohne oder nur gegen gerin-  
13 ges Entgelt geleistet wurden. Die von der niedrigeren Geburtenrate und  
14 der marktradikalen Ausrichtung der gesellschaftlichen Entwicklungen (ein  
15 Arbeitnehmer hat dem Arbeitgeber möglichst für Arbeitsleistungen für 24  
16 Stunden täglich zur Verfügung zu stehen, eine Beschäftigung am Wohnort  
17 des auf Versorgung angewiesenen Familienmitgliedes wird nicht mehr si-  
18 chergestellt) zeigen aber inzwischen deutlich, dass ein Paradigmenwechsel  
19 stattzufinden hat. Die Politik hat diesen Prozess zu fördern und ein profes-  
20 sionelles Dienstleistungsangebot bedarfsgerecht und zukunftsweisend zur  
21 Verfügung zu stellen.

22

23 • Beschäftigungszuwachs im pflegerischen Dienstleistungsangebot her-  
24 ausführen aus der prekären Beschäftigtenstruktur

25 Das sich aus der familiären Struktur entwickelte pflegerische Dienstleis-  
26 tungsangebot ist einer sich verbreiterten prekären Beschäftigtenstruktur  
27 unterworfen. Die Folgen sind heute deutlich sichtbar: Aufgrund dieser pre-  
28 kären Beschäftigungssituation und der geringen gesellschaftlichen Aner-  
29 kennung sind zu wenige bereit, sich für die in diesem Dienstleistungssek-  
30 tor vorhandenen Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu entscheiden. Der Bund

1 hat daher im Rahmen seiner Zuständigkeiten sofort entsprechende Maß-  
2 nahmen zu beschließen und umzusetzen, damit sich diese Situation ver-  
3 bessert.

4 • Sozialdumping im sozialen und pflegerischen Dienstleistungsangebot  
5 beenden

6 Das soziale und pflegerische Dienstleistungsangebot wird weiterhin als  
7 betriebs- und volkswirtschaftlich schädlicher Kostenfaktor angesehen und  
8 nicht die Bedeutung dieser Branche als Standortfaktor für alle Siedlungs-  
9 räume und für die Stärkung der Binnenwirtschaft erkannt. Insoweit hat  
10 hier ein Umdenken stattzufinden. Es stärkt das Vertrauen in die Wohl-  
11 fahrtsstaatlichkeit und entspricht eher den Bedarfen von Menschen mit  
12 Behinderungen, wenn in den Sozial- und Gesundheitsdiensten gute Ar-  
13beitsplätze und Leistungen auf hohem qualitativen Niveau für Menschen  
14 mit Behinderungen angeboten werden. Beschäftigte in diesem Sektor, dies  
15 sind vor allem Frauen erfahren hierdurch mehr Anerkennung und erhalten  
16 eine bessere soziale Absicherung als in den bislang relativ niedrig entlohn-  
17 ten (Teilzeit)-Stellen.

18  
19 • Entwicklung einer unterstützenden Infrastruktur vor Ort als neue Rolle  
20 für die kommunale Selbstverwaltung

21 Neben den beschriebenen Reformansätzen im Pflegesystem und der Be-  
22 schäftigungspolitik ist eine unterstützende Infrastruktur der Information,  
23 Beratung und qualitativen Steuerung auf kommunaler Ebene notwendig.  
24 Dabei geht es um die Entwicklung einer regionalen Beschäftigungspolitik  
25 im Bereich der haushalts- und personenbezogenen Dienstleistungen unter  
26 qualifizierter Beteiligung von Menschen mit Behinderungen. Hierbei muss  
27 der steigende Bedarf an inklusiven Dienstleistungen durch die eingangs er-  
28 wähnten infrastrukturellen Angebote gleichzeitig professionell unterstützt  
29 und organisiert werden. Solche Beratungsangebote hätten sich  
30 sowohl an die Nachfrager, als auch an die Dienstleister, d. h. Anbieter von  
31 personen- und haushaltsbezogenen Dienstleistungen, zu richten. Darüber

1 hinaus bedarf es einer steuernden Instanz, die in der Lage ist, Dienstleis-  
2 tungsbedarf und –angebot unter qualifizierter Beteiligung von Menschen  
3 mit Behinderungen zusammenzufassen und zu koordinieren.

4 Das sollte zukünftig zu einer Aufgabe der Kommunen werden, die sowieso  
5 für die Daseinsfürsorge zuständig sind. Die öffentlichen Hände haben  
6 diese Aufgabenstellung zu unterstützen und evtl. auftretende Hürden in  
7 Gesetzen und infolge ihren Ausführungen zu beseitigen.

8

9 • Kommunale Sozialplanung fördern und ausbauen

10 Die Kommunale Sozialplanung fristet derzeit, wenn sie überhaupt in den  
11 Kommunen vorhanden ist, ein Schattendasein. Dies ist zu beenden. Das In-  
12 strument der Sozialplanung muss in seiner Bedeutung erkannt und auf  
13 eine neue inklusive Grundlage gestellt werden. Vor allem die Entwicklung  
14 von vorausschauenden sozialen Assistenzsystemen muss als Standardar-  
15 beitsgebiet erkannt und voll in Funktion gesetzt werden. In diesem Sinne  
16 sind als ihre zukünftigen Aufgabenfelder unter qualifizierter Beteiligung  
17 von Menschen mit Behinderungen zu entwickeln: Neustrukturierung kom-  
18 munaler Sozialpolitik sowie Veränderung und Weiterentwicklung von sozi-  
19 alen und staatlichen Verteilungsmodellen mit dem Fokus auf soziale Ge-  
20 rechtigkeit und den Abbau regionaler Ungleichheit.

21

22 • Kein Ersatz eines professionell organisierten Dienstleistungsangebotes  
23 durch Konzepte des bürgerschaftlichen Engagements auf ehrenamtlicher  
24 Basis. So richtig wie es ist, dass Konzepte des bürgerschaftlichen Engage-  
25 ments auch den Menschen mit Behinderungen nicht verschlossen bleiben  
26 dürfen, so ist aber gleichzeitig durch geeignete Maßnahmen der öffentli-  
27 chen Hände sicherzustellen, dass dieses Konzept nicht zur Vermeidung von  
28 Ausgaben missbraucht wird. Der von den Behinderungen des einzelnen  
29 Menschen ausgehende Bedarf ist zunächst ausschließlich durch den Ein-  
30 satz von hierfür benötigten Mitteln der Sozialverwaltungen und Steuern  
31 sicherzustellen. Nur wenn der Mensch mit Behinderungen den für ihn be-  
32 nötigten Bedarf durch freiwillige Kräfte abdecken möchte, ist dies möglich,



1 eine Verweigerung dieser Finanzmittel durch den hierfür zuständigen Leis-  
2 tungsträger ist auszuschließen.

3 • Recht auf Assistenz für gesellschaftliches Engagement: Vielen Menschen  
4 mit Behinderungen ist gesellschaftliches Engagement nicht ohne Assis-  
5 tenzleistungen, z.B. für die Mobilität oder das Lesen von Texten, möglich.  
6 Steht die benötigte Assistenz nicht zur Verfügung, werden ihnen Möglich-  
7 keiten demokratischer Teilhabe sehr erschwert oder vorenthalten. Sie  
8 brauchen ein Recht auf Assistenz, um Ehrenämter in Parteien, Sportverei-  
9 nen, Verbänden usw. übernehmen zu können.

10

## 11 **Anträge der Landesverbände und Bezirke**

### 12 **Bildung, Qualifizierung und Ehrenamt - BE**

13

#### 14 **Antrag 1**

15

16 AntragstellerIn: AG Selbst Aktiv, Bezirk Hannover

#### 17 **Inklusiven Sport stärken**

18 (angenommen von der Bundeskonferenz)

19 „Selbst Aktiv“ fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, durch gezieltes  
20 Handeln die Inklusion in Kultur, Freizeit und Sport fest zu verankern. Ge-  
21 meinsam bei Sport und Bewegung ist ein zentrales Element um Menschen  
22 zusammenzuführen und das Verbindende statt das Trennende in den Vor-  
23 dergrund zu stellen. Für Menschen mit Behinderungen, mit Migrationshin-  
24 tergrund, aber auch für nichtbehinderte Menschen ist Sport der Inklusions-  
25 treiber Nr. 1. Nichts ist so verbindend wie der gemeinsame Erfolg oder  
26 auch der Schmerz über eine gemeinsame Niederlage. Hierzu müssen mit

1 Schulen, Sportverbänden und den Landessportbünden gemeinsame Pro-  
2 jekte finanziert und organisiert werden. Schlüssel- und Kompetenzzent-  
3 rum hierbei sind qua Funktion die Behindertensportverbände. In Deutsch-  
4 land sind über 30 % aller Menschen in einem Sportverein organisiert, je-  
5 doch lediglich 3,5 % aller behinderten Menschen. Aufgabe muss es sein,  
6 die Quote behinderter Menschen deutlich zu steigern.

7 Begründung:

8 Durch die Inklusion in Schulen gibt es zurzeit in Deutschland auf der Ebene  
9 aller Länder breite Neuorganisationen. Hier muss inklusiver Sport von  
10 vornherein mitgedacht und geplant werden. Der Deutsche Olympische  
11 Sportbund sowie viele Landessportbünde mit ihren Fachverbänden und  
12 den Behindertensportverbänden haben sich hier bereits auf dem Weg ge-  
13 macht. Es gilt hier, behinderte Menschen beim Sport, als Übungsleiter,  
14 aber auch als Funktionär zu schulen, zu qualifizieren und dann auch be-  
15 wusst auf den jeweiligen Ebenen leitend zu platzieren.

16

## 17 **Antrag 2**

18 AntragstellerIn: AG Selbst Aktiv, Landesverband Sachsen - Anhalt

19 *EmpfängerInnen:*

20 *SPD-Bundesparteitag*

21 *SPD-Bundestagsfraktion*

22 *SPD-Parteivorstand*

23 *Bundesrat*

24 **Fort - und Weiterbildung des pädagogischen Fachpersonals aller**

25 **Bildungsstufen zur Umsetzung inklusiver Bildung**

26 (angenommen von der Bundeskonferenz)

27 Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung. Dieser menschenrechtliche An-  
28 spruch ist universal und gilt unabhängig von Geschlecht, sozialen oder  
29 ökonomischen Voraussetzungen, Herkunft, Behinderung oder besonderen  
30 Lernbedürfnissen. Dies ist als Menschenrecht im Anschluss in der von

1 Deutschland ratifizierten UN-Konvention über die Rechte von Menschen  
2 mit Behinderungen im Artikel 24 festgeschrieben.

3 Die AG Selbst Aktiv setzt sich für eine durchgängige inklusive Bildungs-  
4 kette von der Krippe, Kita, Schule, Aus-Weiterbildung, Hochschule und Er-  
5 wachsenenbildung ein.

6 Nun gilt es, die klaren Aussagen der UN-Behindertenrechtskonvention zur  
7 gemeinsamen Beschulung behinderter und nichtbehinderter Schülerinnen  
8 und Schüler in Deutschland zu verwirklichen.

9 Kaum ein Land in Europa hat schlechtere Voraussetzungen für die Umset-  
10 zung des Artikels 24 der UN-Behindertenrechtskonvention, als die Bundes-  
11 republik Deutschland.

12 16 Bundesländer, die über ein selektives Schulsystem verfügen, lassen ein  
13 inklusives Schulsystem nur schwer möglich erscheinen.

14 Dabei rückt Inklusion die unterschiedlichen Bedürfnisse aller Lernenden in  
15 den Mittelpunkt und begreift Vielfalt als Ressource und Chance für Lern-  
16 und Bildungsprozesse.

17 Inklusive Bildung erfordert flexible Bildungsangebote, dementsprechende  
18 strukturelle und inhaltliche Anpassungen und individuell angemessene  
19 Vorkehrungen in der frühkindlichen Bildung, dem Schulwesen, der berufli-  
20 chen Bildung, dem Hochschulwesen, der Erwachsenenbildung sowie wei-  
21 teren für das Bildungswesen relevanten Einrichtungen. Individuelle Förde-  
22 rung und Lernen in heterogenen Gruppen sind die Grundlage für eine in-  
23 klusive Entwicklung.

24 Viele Pädagoginnen und Pädagogen verfügen über keine sonderpädago-  
25 gischen Kenntnisse und keine begleitende Fortbildung, die zu einem  
26 Gefühl der Überforderung und sogar zur innerlichen Ablehnung inklusiver  
27 Bildung führen kann.

Die Umsetzung inklusiven Unterrichts erfordert einen teamorientierten  
Schulalltag und führt somit zu veränderten Aufgaben und Rollen der  
Lehrkräfte.

1 Damit Inklusion in der Praxis gelingt, muss sich die Lehrerfort- und Wei-  
2 terbildung deshalb neu orientieren und reformieren.

3 Begründung:

4 Obwohl die UN-Behindertenrechtskonvention 2009 in Kraft getreten ist  
5 und Deutschland als Vertragsstaat verpflichtet zu wirksamen individuell  
6 angepassten Unterstützungsmaßnahmen ist, sind die Fortbildungspro-  
7 gramme für Lehrerinnen und Lehrer noch nicht flächendeckend auf eine  
8 heterogene Schülerschaft ausgerichtet. Das ist fatal – denn auch Inklusion  
9 will gelernt sein.

10

11 Die meisten Bundesländer bieten diese quantitativ völlig unzureichend  
12 und qualitativ nicht hochgradig genug an. Sehr häufig erweist sich in der  
13 Realität, die für Inklusion notwendigen personellen Ressourcen zu verwei-  
14 gern bzw. unter Finanzierungsvorbehalt zu stellen.

15 Im Hinblick auf diese vielfältigen Anforderungen muss das pädagogische  
16 Fachpersonal ermutigt werden, Lernen und Lehren sowie Methoden und  
17 Möglichkeiten ihrer Weiterentwicklung zu diskutieren, um inklusive Bil-  
18 dungseinrichtungen zu unterstützen.

19 Ein Bundesprogramm für inklusive Bildung als Leitidee in der Fort- und  
20 Weiterbildung sollte die Bemühungen unterstützen, dass alle Lehrkräfte  
21 zukünftig über pädagogische und didaktische Basisqualifikationen zum  
22 Umgang mit Heterogenität und Inklusion verfügen, um diese in der eige-  
23 nen Praxis berufsbegleitend und mit Pflichtanteilen weiter zu professio-  
24 nalisieren.

25 Dabei könnten zu erprobende Inklusionskonzepte und Maßnahmen auf ei-  
26 nem bundesweit einheitlichen Verständnis aufgebaut und entwickelt wer-  
27 den.

28 Letztlich wird man auf diese Weise Vielfalt nicht als Problem´, sondern als  
29 Chance für die Bildung und jeden Einzelnen begreifen.

30

1 **Antrag 3**

2 AntragstellerIn: AG Selbst Aktiv, Landesverband Bayern

3

4 *EmpfängerIn(nen):*

5 *Bundestagsfraktion*

6 *Bundes SPD, Länder SPD*

7 *Bundesvorstand AG Selbst Aktiv*

8 **Einordnung der Fachpraktiker Ausbildungsberufe und der in den**

9 **Werkstätten für Menschen mit Behinderung (WfbM) angebotenen**

10 **Ausbildungsbereiche in den DQR und EQR**

11 (angenommen von der Bundeskonferenz)

12 Die AG Selbst Aktiv Bayern fordert die Bundestagsfraktion, Bundes SPD  
13 und die Länder SPD auf, die Fachpraktiker Ausbildungsberufe und die Aus-  
14 bildungsbereiche der WfbM in eine der acht Niveaustufen des DQR und  
15 des EQR einzuordnen. Wir fordern diese mindestens in das zweite, besser  
16 jedoch in das dritte Niveau einzuordnen, da es sich um mehrjährige staat-  
17 lich anerkannte Ausbildungsberufe handelt.

18

19 Begründung für die Einordnung in Niveaustufen:

20 Der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) ist ein Instrument zur Einord-  
21 nung der Qualifikationen des deutschen Bildungssystems. Er soll zum ei-  
22 nen die Orientierung im deutschen Bildungssystem erleichtern und zum  
23 anderen zur Vergleichbarkeit deutscher Qualifikationen in Europa beitra-  
24 gen. Um transparenter zu machen, welche Kompetenzen im deutschen Bil-  
25 dungssystem erworben werden, definiert der DQR acht Niveaustufen, die  
26 denen des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) zugeordnet werden  
27 können. Der EQR dient als Übersetzungsinstrument, das hilft, nationale  
28 Qualifikationen europaweit besser verständlich zu machen.

29

30 Als nationale Umsetzung des EQR berücksichtigt der DQR die Besonderhei-  
31 ten des deutschen Bildungssystems und trägt zur angemessenen Bewer-  
32 tung und zur Vergleichbarkeit deutscher Qualifikationen in Europa bei.  
33 Diesbezüglich gehören auch diese Ausbildungsberufe und erlernten Be-  
34 rufe, die für Menschen mit Behinderung konzipiert wurden und umgesetzt  
35 werden, in dem DQR und EQR abgebildet.

1 **Antrag 4**

2 AntragstellerIn: AG Selbst Aktiv, Bezirk Hessen-Süd

3 **Einrichten einen Assistenzfonds für die ehrenamtliche Parteiarbeit**  
4 **in der SPD**

5 (abgelehnt von der Bundeskonferenz)

6

7 Die Versammlung möge beschließen einen Fond zur Finanzierung von  
8 Assistenzleistungen einzurichten. In diesem Fond zahlen alle (Bund, Land,  
9 Bezirk, Unterbezirk und Ortsverband) der SPD einen bestimmten Betrag  
10 pro Mitglied / Jahr ein. Aus diesem Fond können dann benötigte  
11 Assistenzleistungen bei Parteiveranstaltungen, z.B. Vorstandssitzungen,  
12 bezuschusst werden.

13

14 Assistenzleistungen sind u.a. Gebärdendolmetscher, Behindertentrans-  
15 porte etc.

16

17 Begründung:

18 Da viele Menschen mit Behinderung nicht in der Lage, sind ohne Hilfe-  
19 leistung, am politischen Leben teilzunehmen. Es scheitert oft an den  
20 eigenen finanziellen Möglichkeiten.

21

22 Laut §90 des Bundesteilhabegesetzes:

23

24 (1) Aufgabe der Eingliederungshilfe ist es, Leistungsberechtigten eine  
25 individuelle Lebensführung zu ermöglichen, die der Würde des Menschen  
26 entspricht, und die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe am  
27 Leben in der Gesellschaft zu fördern. Die Leistung soll sie befähigen, ihre  
28 Lebensplanung und -führung möglichst selbstbestimmt und  
29 eigenverantwortlich wahrnehmen zu können.

30

31 (5) Besondere Aufgabe der sozialen Teilhabe ist es die gleichberechtigte  
32 Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen oder zu  
33 erleichtern.

34

35 Mit diesem Fond soll die finanzielle Belastung behinderter Menschen, die  
36 sich für die Partei einsetzen, gemindert oder ausgeglichen werden. Aus

1 diesem Fond können auch Weiterbildungsmaßnahmen für Mitglieder  
2 bezuschusst werden, die z.B. freiwillig Gebärdensprache erlernen, um die-  
3 se Kenntnisse in die Parteiarbeit einbringen.

4  
5

## 6 **Antrag 5**

7 AntragstellerIn: LO Hamburg

8

9 *EmpfängerIn(nen):*

10 *SPD-Bundestagsfraktion*

11 *SPD-Bundesparteitag*

### 12 **Kostenübernahme für DolmetscherInnen von Sinnesbehinderten**

13 **(bspw. Blinden und Gehörlosen) für alle Weiterbildungsangebote**

14 **(angenommen vom Bundesvorstand)**

15

16 1. Die SPD setzt sich für lebenslanges Lernen für alle ein – auch für Men-  
17 schen mit Behinderungen. Darum setzen wir uns dafür ein, dass die Kosten  
18 für Dolmetscher von Sinnesbehinderten (bspw. Blinden und Gehörlosen)  
19 für alle Weiterbildungsangebote finanziert werden.

20

21 2. Dieser Antrag soll

22 a. an die Bundestagsfraktion weitergeleitet werden, damit eine entspre-  
23 chende gesetzliche Regelung gestartet wird.

24 b. zur Beschlussfassung mit der Begründung an den Bundesparteitag zur  
25 Beschlussfassung weitergeleitet werden.

26

27

28 **Begründung:**

29 Die Kosten für Dolmetscher von Menschen mit Sinnesbehinderungen wer-  
30 den derzeit nur bis zu einem berufsqualifizierenden Abschluss grundsätz-  
31 lich übernommen. Für alle weitergehenden Aus- oder Weiterbildungen  
32 müssen Anträge gestellt werden, in denen begründet werden muss, dass  
33 durch die zusätzliche Qualifizierung die Situation am Arbeitsmarkt verbes-  
34 sert wird. Dann KANN das Integrationsamt die Kosten für den benötigten  
35 Dolmetscher übernehmen.

36

1 So werden Menschen mit Behinderung gleich zweimal schlechter gestellt:

2

3 1. ist es einem nicht behinderten Menschen freigestellt, sich weiter zu bil-  
4 den, unabhängig davon, ob er dadurch leichter einen Arbeitsplatz findet o-  
5 der nicht. So ist es beispielsweise für nicht behinderte Menschen legitim,  
6 aus reinem persönlichem Interesse neue Qualifikationen zu erwerben. Die  
7 SPD setzt sich sogar seit Langem dafür ein, dass lebenslanges Lernen ge-  
8 fördert und zum Normalfall werden soll. Menschen mit Behinderungen  
9 sind allerdings auf die subjektive Entscheidung des Integrationsamts an-  
10 gewiesen.

11

12 2. gibt es in modularen Ausbildungsgängen Zwischenschritte, die für den  
13 weitergehenden Abschluss erforderlich sind, aber für sich alleine auch aus-  
14 reichen, um eine Arbeit aufzunehmen (z.B. Studium im Bachelor/Master-  
15 System). Bei guten Leistungen im ersten Ausbildungsabschnitt steht den  
16 Auszubildenden dann der nächste offen, außer sie entscheiden sich für die  
17 Aufnahme einer Erwerbstätigkeit.

18

19 Menschen mit Behinderungen steht dieser Weg jedoch nach heutiger  
20 Rechtslage nicht automatisch offen. Sie werden zu Bittstellern, die um  
21 eine Qualifikation beim Integrationsfachamt bitten müssen, die für alle  
22 anderen der logische nächste Ausbildungsschritt wäre.

23

24 Durch diese Schlechterstellung wird die gesellschaftliche Teilhabe behin-  
25 dert Menschen eingeschränkt. Außerdem verhindert sie, dass gut qualifi-  
26 zierte Fachkräfte ausgebildet werden.

27

28 Im Sinne guter, sozialdemokratischer Politik setzen wir uns dafür ein, dass  
29 dies geändert wird.

30

31



1 **Antrag 6**

2 AntragstellerIn: AG Selbst Aktiv, Landesverband Nordrhein-Westfalen

3 *EmpfängerIn(nen): SPD-Bundestagsfraktion*

4 **Aufwandsentschädigungen und Kostenerstattungen aus ehrenamtlicher**  
5 **Tätigkeit**

6 **(angenommen vom Bundesvorstand)**

7

8 Aufwandsentschädigungen und Kostenerstattungen aus ehrenamtlicher  
9 Tätigkeit dürfen bei der Berechnung staatlicher Leistungen sowie Leistun-  
10 gen der Renten- und Krankenversicherung nicht dem Einkommen des Be-  
11 troffenen zugerechnet werden.

12

13 Nötigenfalls sind Gesetze und Erlasse diesem Prinzip anzupassen.

14 Begründung:

15 Auslegungsunterschiede führen zu Ungleichbehandlung betroffener Leis-  
16 tungsempfänger und mindern das Engagement im Ehrenamt.

17

18

19 **Wohnen und Verkehr - WV**

20 **Antrag 1**

21 AntragstellerIn: AG Selbst Aktiv, Bezirk Hannover

22 **Wohnen und Wohnungsbau**

23 **(angenommen vom Bundesvorstand)**

24 Wohnen gehört zu den menschlichen Grundbedürfnissen. Wohnen und  
25 Wohnungsbau müssen von daher bei Initiative, Planung und Durchfüh-  
26 rung unter qualifizierter Beteiligung behinderter Menschen demokratisiert  
27 und teilhabeorientiert durchgeführt werden. Die Klassifizierung von sozia-  
28 len Wohnungsbau, Mietwohnungsbau und Eigentumswohnungsbau als

1 sozialschwach, normalverdienend und wohlhabend muss in gemein-  
2 schaftorientierten Wohnvorhaben durch gemeinsame Planung aller  
3 Gruppen zu einem neuen Gemeinschafts- und Zusammenhaltsgefühl bei-  
4 tragen.

5 Gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention Art. Abs. 3 sind bei allen Ini-  
6 tiativen, Projekten und Konzepten behinderte Menschen direkt oder über  
7 deren Verbände zu beteiligen. Im Bereich des Wohnens gibt es nur im ge-  
8 ringen Umfang in diesem Sinne gemeinschaftsorientierte Wohnvorhaben.  
9 Dabei haben behinderte Menschen zusammen mit Kommunen und Woh-  
10 nungsbaugesellschaften gemeinschaftlich Wohnquartire entworfen, ge-  
11 plant und durchgeführt. Dieses neue Denken gemeinsamen Handelns  
12 muss gefördert werden und ist ein Beitrag, statt Menschen in drei Stufen  
13 zu trennen, sie zusammenzuführen, um so den gemeinschaftsorientierten  
14 Gedanken und des gemeinsamen Austausches verbindlich zu regeln.

15

1 **Antrag 2**

2 AntragstellerIn: AG Selbst Aktiv, Landesverband Bayern

3

4 *EmpfängerIn(nen):*

5 *SPD Bundesvorstand,*

6 *SPD-Bundestagsfraktion*

7 *Bundesvorstand Selbst Aktiv*

8 **Schwerbehindertenplätze in EC, IC und ICE müssen auch für Men-**

9 **schen mit Blinden- oder Assistenzhund buchbar und reservierbar**

10 **sein**

11 **(angenommen vom Bundesvorstand)**

12 Die AG Selbst Aktiv Bayern fordert den Bundesvorstand der SPD, die SPD-  
13 Bundestagsfraktion und den Bundesvorstand Selbst Aktiv auf, dafür zu  
14 sorgen, dass auch Menschen mit Behinderungen, die einen Blinden- oder  
15 Assistenzhund als Hilfsmittel führen, die Schwerbehindertenplätze in EC,  
16 IC und ICE Zügen der Deutschen Bahn zugänglich gemacht werden und  
17 die kostenlose Buchung dieser Plätze am Schalter/Automaten an Bahnhö-  
18 fen und/oder über die Mobilitätshilfe der Bahn ermöglicht wird. Ebenso  
19 fordern wir eine bessere Schulung der Bahnmitarbeiter zu diesen Bestim-  
20 mungen ein.

21

22 **Begründung:**

23 Jeder Zug muss über gekennzeichnete Plätze für schwerbehinderte Men-  
24 schen verfügen. In den Regionalzügen der DB können diese Plätze grund-  
25 sätzlich nicht gebucht und reserviert werden. In den IC und ICE Zügen der  
26 DB dürfen diese Plätze bisher nur für Rollstuhlfahrer reserviert werden.  
27 Menschen mit Behinderungen, die einen Blinden- oder anderen Assistenz-  
28 hund als Hilfsmittel führen, benötigen mehr Platz zur Ablage des sehr teu-  
29 ren Hilfsmittels „Hund“. Dieser Platz ist in den Zügen bereits vorhanden,  
30 kann aber von ihnen nicht benutzt werden, da eine konkrete Buchung oder  
31 Reservierung dieser Plätze bisher nur für Rollstuhlfahrer möglich ist.

32

33

1 **Antrag 3**

2 AntragstellerIn: AG Selbst Aktiv, Landesverband L Bayern

3

4 *EmpfängerIn(nen):*

5 *Bundestagsfraktion Bundesvorstand SPD*

6 *Bundesvorstand Selbst Aktiv*

7

8 **Alle Besitzer von Schwerbehindertenausweisen sollen die Schwer-**  
9 **behindertenplätze in allen Zügen der Deutschen Bahn und ihrer**  
10 **Mitbewerber reservieren können**  
11 **(angenommen vom Bundesvorstand)**

12 Die AG Selbst Aktiv Bayern fordert den Bundesvorstand der SPD, die Bun-  
13 destagsfraktion der SPD und den Bundesvorstand Selbst Aktiv auf, dafür  
14 Sorge zu tragen, dass alle Menschen mit einem Schwerbehindertenaus-  
15 weis von mindestens 50 GdB und verbunden mit den Merkzeichen G,  
16 AG,H, und B die Buchung und Reservierung der Schwerbehindertenplätze  
17 in allen Zügen der Deutschen Bahn und ihrer Mitbewerber zugänglich zu  
18 machen und die kostenlose Reservierung dieser Plätze am Schalter/ Auto-  
19 maten an Bahnhöfen und/oder über die Mobilitätshilfe der Bahn zu er-  
20 möglichen.

21

22 Ebenso fordern wir eine bessere Schulung über diese Bestimmungen ein.

23

24 **Begründung:**

25 Jeder Zug muss über gekennzeichnete Plätze für schwerbehinderte Men-  
26 schen verfügen. In den Regionalzügen können diese Plätze nicht reserviert  
27 werden. In den IC und ICE Zügen der DB dürfen diese Plätze bisher nur für  
28 Rollstuhlfahrer reserviert werden. Wir fordern diese Plätze gleichberech-  
29 tigt für alle schwerbehinderten Menschen, insbesondere für die mit den  
30 Merkzeichen G, AG, H und B zugänglich zu machen.

31

32

# 1 Organisation - O

## 2 Antrag 1

3 AntragstellerIn: AG Selbst Aktiv, Landesverband Bayern

4

5 *EmpfängerIn(nen):*

6 *Bundesvorstand Selbst Aktiv*

7 *Bundesvorstand SPD*

## 8 Gemeinsames Arbeitsprogramm

9 (vertagt)

10 Die AG Selbst Aktiv Bayern fordert die Bundeskonferenz möge beschließen,  
11 dass der Bundesvorstand mit den Landesvorständen eine regelmäßige Ar-  
12beitsgruppe bildet, um

13

14 1. Die politischen Ziele in der Behindertenpolitik 2017 – 2021 und für die  
15 bevorstehende Amtsperiode des Bundesvorstandes in einem gemeinsa-  
16men Arbeitsprogramm zu erstellen und im Benehmen mit den Landesver-  
17bänden zu beschließen und nachvollziehbar umzusetzen.

18

19 2. Die Landesverbände fest in das allgemeine politische Arbeiten einzubin-  
20den und damit die Basisarbeit zu stärken

21

22 3. Einen regelmäßigen und ausführlichen Informationsfluss in beide Rich-  
23tungen zu gewährleisten

24

25 Besonderes Augenmerk muss auf die Umsetzung der Inklusion in Arbeit,  
26 Ausbildung, Mobilität, Gesundheit, auf gesellschaftliche (insbesondere  
27 wirtschaftliche Teilhabe) sowie auf eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit  
28 gerichtet werden. Ziel ist die Ausweitung der Kampagnenfähigkeit der Ar-  
29beitsgemeinschaften. Zusätzliche Finanzen für die Abdeckung der darin  
30 beschlossenen Aufgaben und Kosten sind durch die Bundespartei bereitzu-  
31stellen.

32

33 Begründung:

34 Damit wir in den nächsten Jahren gemeinsam mit der Bundespartei an ei-  
35nem politischen Strang ziehen, müssen die politischen Zielsetzungen in

1 und für die gesamte AG vom Bundesvorstand in Zusammenarbeit mit den  
2 Landesvorständen ausführlich formuliert werden. Einige dieser Ziele soll-  
3 ten konkret und zeitnah umsetzbar sein, damit sie der Öffentlichkeit und  
4 besonders Menschen mit Behinderungen präsentiert werden können.  
5 Der Bundesvorstand soll deshalb jeweils zu Jahresbeginn im Benehmen  
6 mit den Landesarbeitsgemeinschaften konkrete, umsetzbare Ziele und  
7 Maßnahmen erarbeiten. Diese beziehen sich auf die oben aufgeführten  
8 Themengebiete Inklusion in Arbeit, Ausbildung, Mobilität, Gesundheit, auf  
9 gesellschaftliche (insbesondere wirtschaftliche Teilhabe) wie auch auf eine  
10 gemeinschaftliche Öffentlichkeitsarbeit. (create social media awareness)

11

12 Um auf allen Ebenen von Selbst Aktiv, sowohl Bundes- wie auch Landesar-  
13 beit, eine effiziente und effektive Zusammenarbeit zu gewährleisten und  
14 die Ziele der Partei und der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv umsetzen zu  
15 können, sind deshalb regelmäßige Präsenztreffen (z.B. alle 2 Monate) des  
16 Bundes- und der Landesvorstände notwendig. Die dadurch entstehenden  
17 Kosten sollen von der SPD übernommen werden. Es dient der Umsetzung  
18 ihrer Politik, der Basisarbeit und dadurch insbesondere der Mitgliederge-  
19 winnung.

20

21

22

1 **Antrag 2**

2

3 AntragstellerIn: AG Selbst Aktiv, Landesverband Bayern

4

5 *EmpfängerIn(nen):*

6 *Bundesvorstand, WBH*

7 *SPD Geschäftsführung*

8 **Finanzbericht**

9 (in geänderter Fassung angenommen vom Bundesvorstand)

10 Der Bundesvorstand berichtet regelmäßig im Bundesausschuss über das  
11 Budget auf Bundesebene.

12

13 Zukünftige Bundesausschusssitzungen und Bundeskonferenzen können  
14 abwechselnd in den einzelnen Bundesländern stattfinden. Bedingung da-  
15 für ist, dass die Rahmenbedingungen und Kosteneinhaltung garantiert  
16 sind. Dazu gehören gute Zugverbindungen genauso wie barrierefreie Ta-  
17 gungsorte, Hotels und Bahnhöfe. Außerdem muss die Initiative und orga-  
18 nisatorische Verantwortung aus den jeweiligen Landes- und Bezirksver-  
19 bänden kommen.

20

21

22 **Gesundheit, Pflege und Soziales - GPS**

23 **Antrag 1**

24 AntragstellerIn: AG Selbst Aktiv, Landesverband Bayern

25

26 *EmpfängerIn(nen):*

27 *Bundestagsfraktion, Bundes SPD, Länder SPD*

28 *Bundesvorstand AG Selbst Aktiv*

29 **Verbesserungen im Betreuungsgesetz BGB §1896-1908**

30 (vertagt)

1 Der Landesvorstand Selbst Aktiv Bayern fordert die Bundestagsfraktion,  
2 Bundes SPD und Länder SPD auf, die folgenden Verbesserungen im Betreu-  
3 ungs-gesetz BGB §1896-§1908 vor-zunehmen:

4

5 1. In der Praxis sollte eine Überprüfung in Bezug auf BGB §1896 (1) bis (4)  
6 durch externes und unvoreingenommenes Fachpersonal einer neu ge-  
7 schaffenen Fachstelle außerhalb des Betreuungsgerichts stattfinden. Au-  
8 ßerdem soll der Wille des volljährigen Betreuten mehr stärker bedacht und  
9 auf diesen eingegangen werden. Die zeitlichen Abstände sollen genau vor-  
10 gegeben werden, z. B. jährlich.

11

12 2. In Bezug auf BGB 1987 (6) und (7) soll bei der erstmaligen Bestellung des  
13 Betreuers ihm Rahmen seiner Berufsausübung durch das Betreuungsge-  
14 richt die Eignung des ausgewählten Betreuers genau überprüft und für alle  
15 beteiligten Personen anhand eines Kriterienkataloges oder ähnlichem  
16 transparent gemacht werden.

17

18 3. Zudem soll der Betreuer, der diese Tätigkeit im Rahmen einer Berufsaus-  
19 übung durch-führt, eine geeignete Ausbildung in sozialpädagogischer als  
20 auch in wirtschaftlicher Sicht, z.B. als Sozialpädagoge, Heil- oder Sonderpä-  
21 dagoge, Rechtsanwalt oder eine vergleichbare Ausbildung vorweisen kön-  
22 nen und/oder vor Antreten als Betreuer eine Aus- und Weiterbildung in  
23 den zusätzlich für diese Ausübung wichtigen Themenfeldern durchführen  
24 und vorweisen können. Diese Themenfelder sollten im Gesetz benannt  
25 werden.

26

27 4. Betreuer aus dem familiären oder sozial nahestehenden Umfeld des Be-  
28 treuten müssen verpflichtend eine kostenlose Grund- bzw. Fortbildung zu  
29 den wichtigen Themenkreisen im Betreuungs- bzw. Sozialrecht von den  
30 zuständigen Behörden angeboten werden.

31 5. Solche Fortbildungen, könnten auch auf Grundlage eines Erfahrungsaus-  
32 tausches auch im Verlaufe der Betreuung kostenlos angeboten werden.

33

34 6. Die Aufgaben des Betreuers und seine Pflichten, die im BGB §1901 erläu-  
35 tert werden, wie z.B. bei Berufsbetreuern einen Betreuungsplan vorzuwei-  
36 sen oder eine Kostenabrechnung zu erstellen, sollen durch eine externe  
37 Fachstelle zusätzlich zum Betreuungsgericht mindestens jährlich über-  
38 prüft werden. Diese soll überprüfen, ob der Betreuer seinen Aufgaben und



1 Pflichten rechtmäßig nachkommt und wenn dies nicht der Fall ist, sollten  
2 auch strafrechtliche Maßnahmen eingeleitet und ihm die Betreuung ent-  
3 zogen werden können. Zudem sollte diese Fachstelle auch mindestens  
4 jährlich überprüfen, ob eine Betreuung noch nötig ist und sich eine Aktua-  
5 lisierung des Betreuungsplans vorlegen lassen. Rechtliche Betreuer sind  
6 verantwortlich dafür, dass von ihnen beauftragte Dritte die Betreuung  
7 qualifiziert durchführen.

8

9 7. Zu BGB §1907 Genehmigung des Betreuungsgerichts bei Aufgabe eine  
10 Mietwohnung: Sollte eine Mietwohnung oder Ähnliches während der Be-  
11 treuungszeit von einem Betreuer aufgelöst werden, muss im Fall, dass der  
12 Betreute wieder eigenständig leben kann, dafür gesorgt werden, dass er  
13 auf Wunsch professionelle Unterstützung bei der Suche einer für ihn ange-  
14 messenen Wohnung erhalten wird. Diese Unterstützung sollte so lange  
15 bestehen, bis ein Mietvertrag unterschrieben ist und der ehemalige Be-  
16 treute eingezogen ist. Außerdem sollten, wenn frühere Einrichtungsgegen-  
17 stände oder Ähnliches nicht mehr vorhanden sind, dem Betreuten materi-  
18 elle Unterstützung über das Betreuungsgericht oder die zuständige Be-  
19 hörde für eine angemessene Einrichtung der Wohnung gewährt werden.

20

21 8. Der Betreuer sollte jährlich einen Rechenschaftsbericht über alle seine  
22 Betreuungsbereiche, die er inne hat, dem Betreuungsgericht und der exter-  
23 nen Fachstelle vorlegen. Zudem sollte der Betreute einmal im Jahr von die-  
24 sen beiden Stellen persönlich ohne Anwesenheit des Betreuers angehört  
25 werden, um herauszufinden ob dieser mit der Betreuung zufrieden ist.  
26 Seine Aussagen sollten ernst genommen, kritisch hinterfragt und über-  
27 prüft werden. Sollte der Betreute aus gesundheitlichen oder anderen  
28 Gründen nicht in der Lage sein, dies wahrzunehmen, soll mit nahestehen-  
29 den Personen des Betreuten über dessen Betreuungssituation gesprochen  
30 werden und bei Bedarf so weitere Schritte eingeleitet werden.

31

32 9. Bei Fehlverhalten des Betreuers gegenüber den Betreuten während des  
33 Betreuungszeitraums sind von Amts wegen strafrechtliche Konsequenzen  
34 gegenüber diesen ein-zuleiten.

35

36 10. Zu BGB § 1901a (1) Patientenverfügung: Die Erstellung einer Patien-  
37 tenverfügung sollte auch für Menschen mit Behinderung, die bereits in Be-  
38 treuung sind, möglich sein. Der gesetzliche Betreuer soll gemeinsam mit

1 nahestehenden Personen prüfen, ob die Feststellung der Patientenverfü-  
2 gung auf die aktuelle Lebens- und Behandlungssituation zutreffen.

3  
4 11. Zu BGB §1901a (2) : Liegt keine Patientenverfügung vor oder treffen  
5 die Feststellungen einer Patientenverfügung nicht auf die aktuelle Lebens-  
6 und Behandlungssituation des Betreuten zu, sollte der Betreute mit nahe  
7 stehenden Personen und / oder Familienmitgliedern gemeinsam feststel-  
8 len, welche Behandlungswünsche der Betreute hätte, um so die wahr-  
9 scheinliche Entscheidung bzw. den Willen des Betreuten festzustellen, da-  
10 mit z.B. ärztlichen Maßnahmen im Sinne des Betreuten zugestimmt oder  
11 abgelehnt werden können.

12  
13 12. Schriftliche Betreuungswünsche bzw. eine Vorsorgevollmacht sollten  
14 auch noch von Menschen mit Behinderung erstellt werden können, wenn  
15 sie sich in Anfangsstadien von fortschreitenden Krankheiten oder Behinde-  
16 rungen befinden, die zu einem zukünftigen unausweichlichen Betreuungs-  
17 bedarf führen könnten.

18  
19 **Begründung:**

20 In der jetzigen gesetzlichen Gesetzgebung des Betreuungsrechts gibt es  
21 Gesetzeslücken, durch die es unter anderem in der Praxis vorkommt, dass  
22 es für Betreute nach Besserung ihres Zustandes sehr schwierig ist, die Be-  
23 treuung aufzuheben. Wenn dies gelingt stehen sie nach Beendigung der  
24 Betreuung oft vor dem Nichts, da sie keine Wohnung mehr haben. Sie wer-  
25 den mit diesen Problemen allein gelassen und müssen auch aus diesem  
26 Grund in einer Einrichtung verbleiben. Zudem gibt es Betreuer, die aus un-  
27 terschiedlichen Gründen nicht im Sinne des Betreuten und dessen Wohl  
28 handeln. Diesbezüglich gibt es keine bzw. nicht ausreichende Kontrollor-  
29 gane und entsprechende Sanktionen, sowohl bei beruflichen als auch bei  
30 familiären Betreuern. Zudem hat der Betreute derzeit fast keine Möglich-  
31 keiten sich gegen seinen Betreuer zu wehren und einen Betreuerwechsel  
32 zu fordern.

33  
34 Daher müssen für die Betreuten mehr rechtliche Möglichkeiten geschaffen  
35 werden, sich gegen seinen Betreuer zu aussprechen und gegebenenfalls  
36 einen Betreuerwechsel zu beantragen, wenn dieser nicht im Sinne des Be-  
37 treuten handelt, also gegen seine berechtigten Wünsche.

1 Da viele der bekannten Missstände auch durch Überlastung der rechtlich  
2 bestellten Betreuer, die die Betreuung mit Hilfe Dritter organisieren, auf-  
3 grund einer zu großen Anzahl der von ihnen zu Betreuenden entstehen, ist  
4 auch auf gesetzlicher Seite dafür Sorge zu tragen, dass je nach Betreuungs-  
5 fall eine angemessene Betreuung erfolgt.

6  
7

## 8 **Antrag 2**

9 AntragstellerIn: AG Selbst Aktiv, Landesverband Bayern

10

11 *EmpfängerIn(nen):*

12 *Bundestagsfraktion, Bundes SPD, Länder SPD*

13 *Bundesvorstand AG Selbst Aktiv*

## 14 **Sexualbegleitung/Sexualassistenz/Sexualberatung**

15 **(vertagt)**

16 Der Landesvorstand der AG Selbst Aktiv Bayern fordert die Bundestags-  
17 fraktion, Bundes- SPD und Länder- SPD auf, folgende Verbesserungen für  
18 Sexualbegleiter /-assistenten und –beratung für Menschen mit Behinde-  
19 rungen vorzunehmen:

20

21 1. Die Berufsbezeichnung „Sexualassistent, –begleiter bzw. -berater“ muss  
22 geschützt werden, damit nicht jeder diesen Titel für sich beanspruchen  
23 kann.

24

25 2. Die Ausbildung zu einem Sexualbegleiter,- assistenten oder – berater  
26 soll ein anerkanntes Berufsbild werden, da derzeitig z.B. nur über private  
27 Institute zur Selbstbestimmung Behinderter (ISBB) Zertifikate vergeben  
28 werden.

29

30 3. Anspruch auf eine krankenkassenfinanzierte Sexualbegleitung /  
31 -assistenz bzw. –beratung sollen alle Menschen mit Behinderung haben,  
32 die aufgrund der Art und Schwere ihrer Behinderung nicht in der Lage sind,  
33 ihre sexuellen Bedürfnisse alleine zu stillen oder für die bestehenden sexu-  
34 ellen Bedürfnisse mit einem Partner, eine Unterstützung bzw. Beratung  
35 von Dritten benötigen.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33

4. Die Kosten für eine Sexualbegleitung oder –assistenz bzw. -beratung sollen von der Krankenkasse einschließlich anfallender Fahrtkosten anteilmäßig oder in begründeten Fällen im vollen Umfang für den Menschen mit Behinderung übernommen werden.

5. Die Krankenkassen sollen den Sexualassistenten /-begleiter bzw. –berater als Krankenkassenleistung in den Heilmittelkatalog aufnehmen.

6. In Altenheimen, Wohnheimen für Menschen mit Behinderung und ähnlichen Einrichtungen soll ein Beratungsangebot, z.B. barrierefreie Flyer mit Kontaktadressen, zu diesem Thema zur Verfügung stehen.

7. In den betreffenden Einrichtungen sollen Räume für dieses Bedürfnis zur Verfügung gestellt werden, die für eine ausreichende Privatsphäre garantieren können, und so auch sicherstellen, dass andere Klienten nicht gestört werden.

**Begründung:**  
Sexuelle Selbstbestimmung ist ebenso ein Grundrecht, wie sexuelle Bedürfnisse, die Teil der Entfaltung der Persönlichkeit sind.

Sexuelles Verlangen ist ein menschliches Bedürfnis. Einige Behinderungen verhindern oder erschweren Menschen diesen nachzugehen, was zu einer Einschränkung des Wohlbefindens und der Bildung von Aggressionen führen kann, deren Ursache von Angehörigen oder Pflegenden oft nicht verstanden wird. In Einrichtungen von betreutem Wohnen kommt es daher immer wieder zu Belästigungen des Personals durch die Bewohner. Weiterbildungen zum Sexualbegleiter, -assistenten bzw. -berater, die sich auf die sexuellen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen spezialisieren, gibt es nur vereinzelt.

1 **Antrag 3**

2 AntragstellerIn: AG Selbst Aktiv, Landesverband L Bayern

3

4 *EmpfängerIn(nen):*

5 *Bundestagsfraktion*

6 *Bundesvorstand SPD*

7 *Landtagsfraktionen*

8 *Landesvorstände SPD*

9 *Bundesvorstand Selbst Aktiv*

10 **Prävention und Schutz für Menschen mit Behinderungen - Barriere-**

11 **refreie Zufluchtsstätten für Gewaltopfer**

12 **(vertagt)**

13 Die AG Selbst Aktiv Bayern fordert, die Bundeskonferenz möge beschlie-  
14 ßen, dass die Bundestagsfraktion und der Bundesvorstand der SPD, die  
15 Landtagsfraktionen und Landesvorstände SPD und der Bundesvorstand  
16 Selbst Aktiv sich vehement für ein Präventions- und Schutzprogramm spe-  
17 ziell für Menschen mit Behinderungen –auch mit Migrationshintergrund –  
18 einsetzen und das endlich zusätzliche Gelder für die barrierefreie und in-  
19 klusive Gestaltung und die Mitarbeiterschulung der Zufluchtsstätten für  
20 Gewaltopfer zur Verfügung gestellt werden.

21

22 **Begründung:**

23 Die Gewalt gegen schutz- und hilflose Personen nimmt in Deutschland ra-  
24 sant zu. Besonders die Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen oder  
25 Migrationshintergrund wächst ständig. Behinderte oder ausländische  
26 Frauen und Mädchen, die Opfer häuslicher oder sexueller Gewalt werden  
27 und in ein Frauenhaus flüchten wollen, werden oftmals abgewiesen, weil  
28 diese Zufluchtsstätten nicht barrierefrei sind und/oder die Mitarbeiter  
29 keine Erfahrungen im Umgang mit Menschen mit Behinderungen oder die  
30 notwendigen Sprachkenntnisse haben.

31

32 Es fehlen die Gelder zum Umbau und zur Schulung. Hier muss dringend  
33 Abhilfe geschaffen werden. Diese Zufluchtsstätten sind inklusiv und barri-  
34 erefrei zu gestalten.

35

1 Viele Betroffene wissen nicht, ob und wie sie sich gegen Gewalt schützen  
2 können. Wir benötigen barrierefreie Präventions- und Schutzprogramme,  
3 die auf die Besonderheiten im Umgang mit den bedrohten Menschen ab-  
4 gestimmt sind und aktive Unterstützung bieten.

5  
6

## 7 **Arbeit und Rente - AR**

### 8 **Antrag 1**

9 AntragstellerIn: AG Selbst Aktiv, Bezirk Hannover

10 **EmpfängerInnen: a.o. Bundesparteitag zum Wahlprogramm**

11 **SPD-Landtagsfraktionen**

12 **Mindestlohn auch für Beschäftigte in Werkstätten für behinderte**

13 **Menschen**

14 **(in geänderter Fassung angenommen vom Bundesvorstand)**

15 Selbst Aktiv hält die Einführung des Mindestlohns für einen qualitativ  
16 wichtigen Schritt in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Der Mindestlohn  
17 als Sockelbetrag des Einkommens muss auch für den Personenkreis der  
18 bisher in Werkstätten Beschäftigten übertragen werden. **Hierzu müssen**  
19 **die gesetzlichen Rahmenbedingungen geändert werden ohne die sozialen**  
20 **Standards zu verschlechtern.**

21 **Begründung:**

22 Die derzeit ca. 350.000 Menschen mit einer Behinderung, die Beschäftigte  
23 in einer Werkstatt sind, müssen in ihrem Status als Arbeitnehmer gestärkt  
24 werden. Hierzu gehört auch, dass der, von dem sozialdemokratisch geführ-  
25 ten Bundesministerium für Arbeit und Soziales, eingeführte Mindestlohn  
26 auch diesen Personenkreis umfasst. So wird verdeutlicht, dass Werkstatt-  
27 beschäftigte auch Teil der gesellschaftlichen Wertschöpfung sind und ihr  
28 bisheriger arbeitnehmerähnlicher Status sich Schritt für Schritt zu einem  
29 wirklichen Arbeitnehmerstatus entwickelt.

1 **Antrag 2**

2 AntragstellerIn: AG Selbst Aktiv SPD Bezirk Hannover

3 **EmpfängerInnen: a.o. Bundesparteitag zum Wahlprogramm**

4 **Formel Erwerbsminderungsrente monatliche Leistung**

5 **(angenommen vom Bundesvorstand)**

6 Selbst Aktiv fordert im Rahmen der Gesetzgebungsverfahren zur Erwerbs-  
7 minderungsrente eine Veränderung der Formel zur Ermittlung der Er-  
8 werbsminderungsrente. Sie soll dazu führen, dass sich der Betrag der mo-  
9 natlichen Leistung wesentlich erhöht.

10 Die Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv fordert die Bundestagsfraktion der  
11 SPD sowie den Parteivorstand bzw. den Vorsitzenden Martin Schulz auf  
12 sich dafür einzusetzen, das die Formel zur Ermittlung der Erwerbsminde-  
13 rungsrente verändert wird. Besonders bei schon laufenden bzw. dem-  
14 nächst beginnenden Rentenbezügen müssten die bestehenden Abschläge  
15 für vorzeitigen Rentenbezug abgeschafft werden.

16 Selbst Aktiv sieht die Notwendigkeit einer Nachbesserung der laufenden  
17 Gesetzesentwürfe zur Erwerbsunfähigkeitsrente bevor sie in das Gesetzge-  
18 bungsverfahren gelangen oder während des Verfahrens ein in der Hin-  
19 sicht, das ungerechte Behandlung vermieden wird. Menschen mit vermin-  
20 derte Erwerbsfähigkeit gehen nicht freiwillig Rente.

21 **Begründung:**

22 Der jetzige Gesetzentwurf sieht vor, „die Abschaffung der Abschläge bei  
23 Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit ist abzulehnen. Die Ab-  
24 schläge bei Erwerbsminderungsrenten stellen sicher, dass Altersrenten  
25 und Erwerbsminderungsrenten hinsichtlich des vorzeitigen Rentenbezugs  
26 grundsätzlich gleich behandelt werden. Mit der Verlängerung der Zurech-  
27 nungszeit erfolgt eine zielgerichtete und effiziente Verbesserung für den  
28 Fall der Erwerbsminderung.“ Die Begründung ist nicht schlüssig. So würde  
29 ja die neue Zurechnungszeit nur die bisherigen Abschläge ausgleichen. Die  
30 Erwerbsminderungsrentner sind auf Grund der in den letzten Jahren sehr

1 unterschiedlichen Anpassung zwischen Gehaltserhöhungen und Renten-  
2 erhöhung in die Nähe einer neuen Armutgruppe gerückt. Das muss ver-  
3 hindert werden.

4

### 5 **Antrag 3**

6 AntragstellerIn: AG Selbst Aktiv SPD Bezirk Hannover

7 **EmpfängerInnen: a.o. Bundesparteitag zum Wahlprogramm**

### 8 **Erwerbsminderungsrente für Bestandsrentner**

9 **(angenommen vom Bundesvorstand)**

10 Der am 15.2.2017 vom Kabinett beschlossene „Entwurf eines Gesetzes zur  
11 Verbesserung der Leistungen bei Renten wegen verminderter Erwerbsfä-  
12 higkeit und zur Änderung anderer Gesetze“ bringt keine Leistungsverbes-  
13 serung für Menschen die jetzt schon eine Erwerbsminderungsrente bezie-  
14 hen sondern nur für Neurentner, obwohl Andrea Nahles schon bei einem  
15 IG Metall Kongress in Berlin von vor allem Schritte für die 1,8 Millionen  
16 Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit sprach. Andrea Nahles sagt  
17 jetzt, das auf Grund der Rentensystematik dieses nicht möglich sei.

18 Die Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv fordert die Bundestagsfraktion der  
19 SPD sowie den Parteivorstand bzw. den Vorsitzenden Martin Schulz auf  
20 sich dafür einzusetzen, das Bestandsfälle leistungssteigernd bei der Er-  
21 werbsminderungsrente mit erfasst werden u.U. wie bei der Mütterrente  
22 pauschal ohne individuelle Einzelfallprüfung mit z.B. 2 Punkten.

23 Selbst Aktiv sieht die Notwendigkeit einer Nachbesserung der laufenden  
24 Gesetzesentwürfe zur Erwerbsunfähigkeitsrente bevor sie in das Gesetzge-  
25 bungsverfahren gelangen oder während des Verfahrens ein in der Hin-  
26 sicht, dass Bestandsfälle mit erfasst werden. Bei dieser Rentenreform han-  
27 delt es sich sonst um ein Gerechtigkeitsproblem wie bei dem 1. Gesetz zur  
28 Mütterrente, wenn ältere bzw. Bestandsfälle nicht betrachtet werden.



1 Mit der geforderten Änderung könnte eine neue Armutsbedrohung gemil-  
2 dert werden nicht nur für alte Menschen sondern auch für die, die durch  
3 Krankheit oder Unfall unverschuldet betroffen sind.

4 Begründung:

5 Nicht nur die Sozialverbände in Deutschland, sondern die Deutsche Ren-  
6 tenversicherung (DRV) und auch Andrea Nahles schreibt auf der Home-  
7 page des BMAS, das sie Änderungen für Bestandsrentner für dringend er-  
8 forderlich hält. Sie schreibt, dass Änderungen für Bestandsrentner auf  
9 Grund der Rentensystematik nicht möglich sei. Dieses System wurde bei  
10 der Mütterrente und bei den Ostrenten aber auch benutzt.

11 Laut Daten des statistischen Bundesamtes von 2015 erhalten fast 40% der  
12 EU Rentner Grundsicherung. Das Rentenniveau ist in den letzten 5 Jahren  
13 um mehr als 3 % gekürzt worden, die grösste Kürzung seit 1974. Seit Be-  
14 ginn der Rentenversicherung 1954 wurde das Niveau um 10% gekürzt.

15 Frau Nahles lobt sich allerdings dafür, dass die Reform 2021 nur 140 Milli-  
16 onen € kosten wird und der Finanzminister Schäuble den Gesetzentwurf  
17 mitträgt. Es gibt 1,8 Millionen Bestandsrentner, die von der Rentenreform  
18 nicht profitieren, da das Gesetz nur für Neuantragsteller gelten soll. Laut  
19 einer Untersuchung der DRV könnten die Änderungen für Neuantragsteller  
20 ca. 50€ (ca. 2 Rentenpunkte) bringen. Auch das ist zu wenig. Viele EU-Rent-  
21 ner haben schon jetzt eine geringere Rente durch Kürzung der Ausbil-  
22 dungszeit während der Agenda 2010 und mehreren Rentenniveaукürzun-  
23 gen, die in der Hauptsache Menschen mit Behinderung, chronisch Kranke  
24 oder die mit einem gebrochenen Lebenslauf betraf.

25

26

27

28

29

30

# 1 Teilhabe und Mitentscheidung - TM

## 2 Antrag 1

3 AntragstellerIn: AG Selbst Aktiv, Bezirk Hannover

4 EmpfängerInnen: a.o. Bundesparteitag

5 SPD-Landtagsfraktionen

## 6 Partizipation und Inklusion glaubhaft verankern

7 (angenommen vom Bundesvorstand)

8 Die SPD wird aufgefordert, durch eigenes Handeln ihren Eigenanspruch als  
9 Partei der Inklusion zu verwirklichen. Hierzu gehört, dass sie die verbindli-  
10 che Mitentscheidung behinderter Menschen auf allen Ebenen gewährleis-  
11 tet. Sie wird von daher darauf hinwirken, dass in den Begleitgremien zur  
12 Weiterentwicklung des BTHG, sowie weiterer neuer Gesetze, behinderte  
13 Menschen von Anfang an fachlich beteiligt werden und letztendlich die  
14 Vorlage auch mitentscheiden. Ein wichtiger Schritt in Richtung „mehr De-  
15 mokratie wagen“, um ein wesentliches Zitat von Willy Brandt aus den 70er  
16 Jahren auf heute zu übertragen. Partizipation und Inklusion als ein Be-  
17 griffspaar, wie es in der Erklärung von Salamanca steht, muss handlungs-  
18 leitend für unser zukünftiges politisches Handeln sein.

19 Seit dem Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen 2003 mit  
20 dem Motto „Nichts über uns, ohne uns“ und der klaren Anforderung, bei  
21 allen Projekten mindestens 50 % Menschen mit Behinderungen als Refe-  
22 rentinnen und Referenten qualifiziert einzubeziehen, sind wichtige Signale  
23 der Übertragung des allgemein gültigen Menschenrechtes der Mündigkeit  
24 auf uns Menschen mit Behinderungen erfolgt. Verdichtet wurden diese  
25 Grundbotschaften noch durch die seit 2009 in Deutschland rechtsgültige  
26 UN-Behindertenrechtskonvention. Sie ist für Deutschland verpflichtend  
27 und Messlatte allen politischen Handelns. Hieran muss sich sozialdemo-  
28 kratisches Handeln messen lassen. Uns ist allen bewusst, Inklusion, Partizi-  
29 pation, Barrierefreiheit/ angemessene Vorkehrungen und Empowerment  
30 sind handlungsleitend für zukunftsorientierte Behindertenpolitik.

1 Sie sind jedoch einem dynamischen Prozess unterworfen und müssen von  
2 daher im Dialog mit uns Menschen mit Behinderungen ständig ergänzt  
3 und angepasst werden. Die SPD als Motor einer Politik von Zukunft und  
4 Zusammenhalt muss sich hieran messen lassen und das Ziel einer inklusi-  
5 ven Gesellschaft umsetzen und uns von „Selbst Aktiv“ als Inklusionstreiber  
6 Nr. 1 zur Weiterentwicklung der Gesellschaft einbeziehen.

7

8

1 **Antrag 2**

2 AntragstellerIn: AG Selbst Aktiv, Landesorganisation Bremen

3 **Teilhabeplan**

4 (in geänderter Fassung angenommen vom Bundesvorstand)

5 Der Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv begleitet den  
6 Prozess zum Begriff „Schwerbehindertenausweis“ und hält dazu Kontakt  
7 zu den Landesverbänden und Bezirken.

8

9

10 **Antrag 3**

11 AntragstellerIn: AG Selbst Aktiv, Landesverband Rheinland-Pfalz

12 **EmpfängerInnen: a.o. Bundesparteitag**

13 **Bundestagsfraktion**

14 **SPD-Parteivorstand**

15 **Verena Bentele**

16 **Aydan Özoguz**

17 **Flüchtlinge und Asylbewerber mit Behinderungen**

18 (angenommen vom Bundesvorstand)

19 1. Flüchtlinge und Asylbewerber mit Behinderungen haben besondere Be-  
20 dürfnisse. Sowohl in den Erstaufnahmeeinrichtungen als auch nach Zuwei-  
21 sung zu einer Kommune sind die spezifischen Leistungen für besonders  
22 schutzbedürftige Personen gemäß §§4 und 6 Asylbewerberleistungsge-  
23 setz bundesweit gleichartig und bei Bedarf zeitnah zu gewährleisten. Ist in  
24 einer Erstaufnahmeeinrichtung der Bedarf durch den Gesundheitsdienst  
25 festgestellt, so muss das auch für die weitere Unterbringung seitens der  
26 Kommunen und Städte verbindlich sein.

27

1 2. Bei abgelehnten Asylbewerbern mit Behinderungen muss die Behinde-  
2 rung dem Duldungsgrund „Krankheit“ gleichgestellt werden, sofern im  
3 Herkunftsland Verschlechterungen des Gesundheitszustandes und/oder  
4 Diskriminierung drohen.

5

6 Begründung:

7 1. Die Praxis in den Ländern bzw. Kommunen ist trotz des Bundesgesetzes  
8 sehr unterschiedlich. Die notwendige zeitnahe Bereitstellung von z.B.  
9 Hilfsmitteln erfolgt oft nicht, sondern verzögert sich wochenlang, bis der  
10 Gesundheitsdienst die Notwendigkeit bestätigt. Dies muss bundesweit  
11 verbindlich geregelt sein. Ein gutes Beispiel ist der „Hilfsmittelpool“ für die  
12 Erstaufnahmeeinrichtungen in Rheinland-Pfalz. Dort werden z.B. für die  
13 Dauer des Aufenthaltes in der Erstaufnahmeeinrichtung Hilfsmittel wie  
14 Rollstühle etc. leihweise zur Verfügung gestellt. Nach Zuweisung zu einer  
15 Kommune sind dann die Kreise und Städte zuständig. Da der Bedarf be-  
16 reits festgestellt wurde, soll hier keine weitere Begutachtung erfolgen.

17

18 2. Eine Duldung von abgelehnten Asylbewerbern kann aus Gründen einer  
19 ernsten Erkrankung ausgesprochen werden. Abgelehnte Asylbewerber  
20 und ihre Kinder mit Ausreisepflicht müssen diesem Personenkreis gleich  
21 gestellt werden, um Diskriminierungen und Verschlechterungen des Ge-  
22 sundheitszustandes im Herkunftsland zu vermeiden.

23

24 Auch wenn eine Behinderung nach unserem Selbstverständnis keine  
25 Krankheit im eigentlichen Sinne ist, so bedürfen diese Menschen dennoch  
26 eines besonderen Schutzes.

27

## 28 **Antrag 4**

29 AntragstellerIn: AG Selbst Aktiv, Landesverband Bayern

30 *EmpfängerInnen:*

31 *Bundesparteitag (nur Teil 1)*

32 *Bundestagsfraktion, Bundes SPD (nur Teil 1)*

33 *Landtagsfraktionen, Landes SPD (nur Teil 1)*

34 *Bundesvorstand Selbst Aktiv, Landesvorstände*

# 1 Weiterführung des Bundesteilhabegesetzes

2 (in geänderter Fassung angenommen vom Bundesvorstand)

3 **Teil 1:** Die Bundestagsfraktion, die Bundes und Länder SPD werden aufge-  
4 fordert, nachdrücklich an der Fortführung des BTHG zu arbeiten und die  
5 AGs Selbst Aktiv Bund und Länder von Beginn an intensiv und nachhaltig  
6 in diese Aufgabe einzubinden.

7  
8 **Teil 2:** Gleichzeitig fordern wir vom neuen Bundesvorstand, in enger Zusam-  
9 menarbeit mit den Landesvorständen der AG Selbst Aktiv konkrete und um-  
10 fassende Eckpunkte papiere zu den Bereichen Bildung und Ausbildung, Ar-  
11 beit und Berufsleben, Mobilität und Freizeit, Gesundheit und Pflege, Bauen  
12 und Wohnen sowie Barrierefreiheit und Mitbestimmung zur Weiterfüh-  
13 rung eines gerechten Bundesteilhabegesetzes für alle Menschen mit Behin-  
14 derungen und Beeinträchtigungen zu erarbeiten.

15  
16 **Begründung:**

17 Nach dem Abschluss des Bundesteilhabegesetzes BTHG sind die Perspekti-  
18 ven für die nicht in der Eingliederungshilfe befindlichen Menschen mit Be-  
19 hinderungen und Beeinträchtigungen noch immer nicht gerecht geregelt,  
20 egal ob es sich um Nachteilsausgleiche, Bildung, Barrierefreiheit, Gesund-  
21 heit, Wohnen, Mobilität, Arbeit etc. handelt. Die meisten Menschen mit ei-  
22 ner Behinderung oder Beeinträchtigung werden während ihres Lebens be-  
23 hindert und können dann nur bedingt noch am gesellschaftlichen Leben  
24 teilhaben. Behinderung ist teuer, immer mehr Leistungen werden gekürzt.

25  
26 Die Kosten für Hilfsmittel, Lebensmittel und Konsumgüter wie Hörbücher,  
27 etc. steigen stark an, während die Einkünfte sinken oder stagnieren. Viele  
28 Kleinverdiener und vor allem Rentner mit Behinderung sind in ihrer Existenz  
29 gefährdet und können sich eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht  
30 mehr leisten. Viele betroffene Eltern sind nicht mehr in der Lage, ihren Kin-  
31 dern eine gute Bildung oder Ausbildung zu ermöglichen.

32  
33 Die großen Proteste gegen den Entwurf des ersten BTHG haben gezeigt, was  
34 geschieht, wenn die selbst betroffenen Menschen mit Behinderungen oder  
35 Beeinträchtigungen als kompetente Gesprächspartner und Experten in ei-  
36 gener Sache in den Entstehungsprozess eines solchen so grundlegenden Ge-  
37 setzes nicht eingebunden werden. Selbstbetroffene haben eine andere

1 Sichtweise als Organisationen und Verbände. Vertretungen sind zwar not-  
2 wendig, handeln zumeist aber in Eigeninteresse.

3

4

1 **Antrag 5**

2 AntragstellerIn: AG Selbst Aktiv, Landesverband Sachsen - Anhalt

3

4 *EmpfängerIn(nen):*

5 *SPD-Bundesparteitag*

6 *SPD-Parteivorstand*

7 *SPD-Landesverbände*

8 **Inklusion selbstverständlich auch im Wahlkampf – Mitglieder der**

9 **AG Selbst Aktiv gehören auf allen Ebenen bei Wahlkämpfen in die**

10 **Wahlkampfteams**

11 **(in geänderter Fassung vom Bundesvorstand angenommen)**

12 Selbstaktivisten\*Innen sind immer noch ein eher seltenes Bild in Wahl-  
13 kampfteams der SPD.

14

15 Die AG Selbst Aktiv fordert daher, bei der Zusammenstellung von Wahl-  
16 kampfteams auf örtlicher, kommunaler und auf Bundesebene jeweils auch  
17 Vertreter\*innen von Selbst Aktiv einzubeziehen. **Vorschlagsrecht hat die**  
18 **Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv.** Die Teilhabe am politischen und öffent-  
19 lichen Leben (Art. 29 der UN BRK) sollte für alle Sozialdemokratinnen und  
20 Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit sein.

21

22 **Begründung:**

23 Bei allen politischen Initiativen, Vorhaben, Konzepten und Entscheidungen  
24 für Menschen mit Behinderungen müssen die Menschen mit Behinderung  
25 direkt beteiligt und in deren  
26 Entscheidungsprozesse, als Experten in eigener Sache eingebunden wer-  
27 den.

28

29 Der UN-Fachausschuss hat nach Abschluss der Staatenprüfung Deutsch-  
30 lands (4/2015) seine Besorgnis zum Stand der Umsetzung der UN-Behin-  
31 dertenkonvention in vielen Bereichen zum Ausdruck gebracht. Der Aus-  
32 schuss empfiehlt, „alle Gesetze und sonstigen Vorschriften aufzuheben,  
33 durch die Menschen mit Behinderungen das Wahlrecht vorenthalten wird“  
34 (Zitat Ende). Schon dies zeigt die Verpflichtung auf, sich aktiv für ein Um-  
35 feld einzusetzen, in dem Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt



1 mit anderen an der Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten mitwirken  
2 können. Mitglieder der AG Selbst Aktiv können in Wahlkämpfen dazu bei-  
3 tragen, beispielsweise bisherige Nichtwähler (gewollt oder ungewollt) zu  
4 aktivieren und deren Stimmenpotentiale zugunsten der SPD heben.

5  
6 Sie fungieren als Vertrauenspersonen für die Zielgruppe behinderter Men-  
7 schen und ermöglichen den politischen Sprung ins reale Handeln für Inklus-  
8 sion und Partizipation.

9  
10 Darüber hinaus sind Selbstaktive oft im täglichen Leben „kämpferprobt“  
11 und in der Lage, die entsprechenden Erfahrungen bereichernd in Wahl-  
12 kämpfe einzubringen.

13  
14 Das sollte als Multiplikator dienen, um Generationen von Menschen mit  
15 und ohne Behinderungen zu verbinden und zu begeistern. Eines unserer  
16 gestellten Ziele ist es dabei, unser Profil als Inklusionspartei in der Öffent-  
17 lichkeit zu schärfen.

18

## 19 **Sonstige - S**

### 20 **Antrag 1**

21 AntragstellerIn: AG Selbst Aktiv, Landesverband Bayern

22

23 *Empfängln(nen):*

24 *Parteivorstand Bundes SPD*

25 *Bundsvorstand Selbst Aktiv, Landesverbände*

26 **Inklusion und Barrierefreiheit sind eine Querschnittsaufgabe, Anti-**

27 **faschismus aber auch!**

28 **(vertagt)**

29 Die Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv Bayern fordert den Bundesvorstand  
30 der AG Selbst Aktiv, die Landesvorstände und alle Selbst Aktiv Mitglieder  
31 auf, aktiv gegen Rechtspopulismus und rechtsextremes Gedankengut Par-

1    tei zu ergreifen, in dem sie z.B. die Kampagne „Meine Stimme für Ver-  
2    nunft“ nach ihren Möglichkeiten unterstützen und voranbringen, Flagge  
3    zeigen.  
4

5    Wir fordern die SPD auf, ihre Wertschätzung zum Gedenken der Opfer der  
6    nationalsozialistischen Euthanasieprogramme und Gewalttaten zum Aus-  
7    druck zu bringen.  
8

9    Der Parteivorstand wird deshalb beauftragt ein geeignetes Gedenken für  
10   Euthanasie- und behinderte Gewaltopfer einzurichten und durchzuführen.  
11   Dieses Gedenken sollte an Menschen und besonders Menschen mit  
12   Behinderung verliehen werden, die sich insbesondere um die Belange von  
13   behinderten Menschen kümmern oder sich aktiv für Demokratie und Ge-  
14   rechtigkeit und gegen Ausgrenzung und Rechtsradikalismus in unserer Ge-  
15   sellschaft engagieren.  
16

17   Begründung:

18   „Jedes Menschenleben soll heilig sein“

19   Kurt Eisner, erster Ministerpräsident des Freistaats Bayern (1918-1919) und  
20   Sozialdemokrat  
21

## 22    **Antrag 2**

23    AntragstellerIn: LO Hamburg  
24

25    **EmpfängerInnen: SPD-Parteivorstand**

26                                    **SPD-Landesverbände (dort bitte auch an Geschäftsstel-**  
27                                    **len weiterleiten)**

28                                    **Selbst Aktiv Landesverbände verbunden mit der Bitte um**  
29                                    **Rückmeldung zu Erfahrungen vor Ort**

## 30    **Barrierefreiheit als Kriterium vor Kaufentscheidung**

31    **(in geänderter Fassung angenommen vom Bundesvorstand)**

32    Die SPD **muss** bei allen Anschaffungen – auch bei neuer Software – Barriere-  
33    freiheit als Kriterium vor der Kaufentscheidung prüfen. **Dies gilt auch für**  
34    **Veröffentlichungen.**  
35

1 Begründung:  
2 Viele Menschen mit Behinderungen sind darauf angewiesen, dass sie ihre  
3 Hilfsmittel einsetzen können, um am Parteileben teilhaben zu können.  
4 Manchmal verstecken sich dabei allerdings Probleme in der Praxis, die  
5 Menschen ohne Einschränkungen nicht auffallen. So wurde die für von der  
6 SPD Hamburg für die dort eingerichteten digitalen Distrikte (Ortsvereine)  
7 angeschaffte „Protonet-Box“ auch der AG Selbst Aktiv für die Vorstandsar-  
8 beit zur Verfügung gestellt. Leider können die dort eingestellten Inhalte  
9 von Blinden nicht mit ihren eigenen Programmen als Braillezeile („Blinden-  
10 schrift“) angezeigt oder als Sprachausgabe vorgelesen werden.  
11 Wenn Barrierefreiheit als Prüfkriterium für alle Neuanschaffungen grund-  
12 sätzlich mit geprüft wird, lässt sich ein derartiges Problem künftig wahr-  
13 scheinlich vermeiden.

14

### 15 **Antrag 3**

16 AntragstellerIn: LO Hamburg

17

18 *EmpfängerIn(nen):*

19 *SPD-Bundestagsfraktion*

20 *SPD-Bundesparteitag*

### 21 **Bundeseinheitliche Übernahme von Dolmetscherkosten für poli- 22 tisch engagierte Menschen mit Sinnesbehinderungen 23 (vertagt)**

24 Die SPD steht für eine Gesellschaft, an der alle nach ihren Interessen und  
25 Fähigkeiten teilhaben können und sollen. Das gilt auch für die Teilhabe  
26 von Menschen mit Behinderungen am politischen Diskurs. Darum fordern  
27 wir eine bundeseinheitliche Übernahme von Dolmetscherkosten für poli-  
28 tisch engagierte Menschen mit Sinnesbehinderungen.

29 Die Forderung möge an die SPD-Bundestagsfraktion weitergeleitet wer-  
30 den.

31 Außerdem soll die Forderung unter 1. mit der unten stehenden Begrün-  
32 dung an den Bundesparteitag zur Beschlussfassung weitergeleitet werden.

1 Begründung:

2 Menschen mit Behinderungen haben nach der UN-Behindertenrechtskon-  
3 vention ein Anrecht auf Teilhabe an allen Bereichen des gesellschaftlichen  
4 Lebens. Deutschland hat sich mit der Ratifizierung dieser Konvention ver-  
5 pflichtet, für dieses Ziel bestehende Barrieren abzubauen.

6

7 Sich in Politik einzubringen und damit gesellschaftliche Rahmenbedingun-  
8 gen mit gestalten zu können, ist ein wichtiger Aspekt von Teilhabe. Er lebt  
9 vom Austausch verschiedener Argumente und Perspektiven. Für Menschen  
10 mit Behinderungen ist es dabei wichtig, nicht nur erreichbare Orte zu ha-  
11 ben, an denen sie sich einbringen können (z.B. für Rollstuhlfahrer).

12

13 Insbesondere Gehörlose und Schwerhörige sind darüber hinaus auch da-  
14 rauf angewiesen, dass ihnen auch die Möglichkeit gegeben wird, ihre Ar-  
15 gumente überhaupt artikulieren zu können. Sie benötigen einen Dolmet-  
16 scher, der ihnen beispielsweise Wortbeiträge in Gebärdensprache über-  
17 setzt. Umgekehrt müssen auch ihre Beiträge aus der Gebärdensprache in  
18 „normale“ Sprache übersetzt werden.

19 Die dabei anfallenden Kosten für die Honorare der Dolmetscher müssen  
20 nach derzeitiger Rechtslage von den Menschen mit Behinderung oder von  
21 den Parteien selbst getragen werden. Die Hamburger SPD geht mit der da-  
22 mit verbundenen Verantwortung vorbildlich um. Wegen der Dolmetscher  
23 wurde das Budget der AG Selbst Aktiv erhöht.

24 Für uns ist es eine Aufgabe für die ganze Gesellschaft, dass Politik von al-  
25 len erfahren und gestaltet werden kann. Darum darf dieser wichtige As-  
26 pekt von Teilhabe nicht von den finanziellen Möglichkeiten einer Partei ab-  
27 hängen. Genauso darf die sonstige Arbeit einer Partei nicht eingeschränkt  
28 werden, dass Geld dadurch gebunden ist, dass Menschen mit Behinderun-  
29 gen eine Mitarbeit ermöglicht wird.

30 Mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention hat die Bun-  
31 desrepublik Deutschland Menschen mit Behinderungen einen Platz in der  
32 Mitte der Gesellschaft zugesagt. Diesen zu ermöglichen ist damit eine Auf-

1 gabe für die ganze Gesellschaft und die damit verbundenen Kosten müs-  
2 sen daher auch von der Gesellschaft als Ganzem – also aus Steuermitteln –  
3 bezahlt werden.

4

5